Stand: 14.11.2026 19:32:11

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/10848

"Änderungsantrag Haushaltsplan 2026/2027; hier: Verbraucher-KI-Projekt „Vertrags-Check“ (Kap. 12 03 Tit. 686 52)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/10848 vom 12.03.2026
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/11378 des HA vom 23.03.2026
3. Plenarprotokoll Nr. 76 vom 22.04.2026 (EPL 12)

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 12.03.2026 **Drucksache** 19/**10848**

Änderungsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel, Josef Zellmeier, Alexander Flierl, Barbara Becker, Volker Bauer, Dr. Andrea Behr, Maximilian Böltl, Franc Dierl, Leo Dietz, Patrick Grossmann, Thomas Holz, Manuel Knoll, Harald Kühn, Dr. Petra Loibl, Werner Stieglitz und **Fraktion (CSU)**

Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Verbraucher-KI-Projekt „Vertrags-Check“
(Kap. 12 03 Tit. 686 52)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 12 03 wird der Ansatz im Tit. 686 52 (Förderung der Verbraucheraufklärung) für das Jahr 2026 von 8.132,0 Tsd. Euro um 125,0 Tsd. Euro auf 8.257,0 Tsd. Euro erhöht.

Die Deckung erfolgt aus Kap. 13 02 Tit. 893 06.

Begründung:

Das Vertragswesen im Telekommunikationsbereich ist für Verbraucherinnen und Verbraucher häufig schwer verständlich und somit problembehaftet. Häufig wiederkehrende, ähnliche Fragen zu solchen Verträgen stellen einen Großteil der Anliegen dar, die an Verbraucherberater herangetragen werden.

Als Einstieg in die Entwicklung und Erprobung von KI-gestützten Legal Tech Anwendungen im Verbraucherrecht soll ein Tool entwickelt werden, das anhand von Verbraucherangaben und Vertragsdokumenten typische Vertragsprobleme identifizieren kann. Es soll mögliche Ansprüche sowie Handlungsoptionen aufzeigen und ggf. standardisierte Schriftvorlagen generieren können. Mit den hier bereitgestellten Mitteln kann in einem ersten Schritt die Überprüfung der Machbarkeit eines solchen Tools gefördert werden.

Je nach Ergebnis dieser Machbarkeitsstudie, könnten perspektivisch die Beraterinnen und Berater bei den Verbraucherverbänden entlastet werden.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Beschlussempfehlung mit Bericht 19/11378 des HA vom 23.03.2026

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments hier

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß
Abg. Barbara Becker
Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann
Abg. Andreas Jurca
Abg. Marina Jakob
Abg. Patrick Friedl
Abg. Laura Weber
Abg. Harry Scheuenstuhl
Abg. Alexander Flierl
Abg. Gerd Mannes
Abg. Franc Dierl
Abg. Felix Freiherr von Zobel
Staatsminister Thorsten Glauber

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Haushaltsplan 2026/2027

Einzelplan 12

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 19/10809 mit 19/10819)
Änderungsanträge der SPD-Fraktion (Drsn. 19/10820 mit 19/10829)
Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 19/10830 mit 19/10838)
Interfraktionelle Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion (Drsn. 19/10839 mit 19/10859 und 19/10977)
Interfraktionelle Änderungsanträge der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 19/11009 mit 19/11022)

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat auch zu diesem Einzelplan 45 Minuten. Es gelten die bekannten Redezeiten.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu ihren drei Änderungsanträgen auf den Drucksachen 19/10812 mit 19/10814 jeweils namentliche Abstimmung beantragt hat.

Ich eröffne nun die Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Barbara Becker für die CSU-Fraktion. Frau Kollegin, bitte schön.

Barbara Becker (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Ödlandschrecke ist kein wahnsinnig attraktives Tier, aber es ist ein Wunder, dass es sie in Unterfranken in den Weinbergen wieder gibt. Das hat auch mit der Arbeit zu tun, die aus diesem Etat resultiert. Wenn eine Kommune in Oberbayern ihre Kanäle saniert, dann hat das auch mit der Arbeit zu tun, die aus diesem Etat resultiert.

Das geht über die RZWas. Wenn in Niederbayern eine andere Kommune inzwischen weniger vom Hochwasser bedroht ist als vorher, dann hat das auch mit diesem Etat zu tun. Das ist ein Lebensetat. Bayern bleibt lebenswert, weil wir Natur, Wasser und Menschen schützen, und manchmal die Menschen auch vor dem Wasser.

Das ist unser Anspruch. Dieser Einzelplan 12 lässt sich daran messen, dass wir Wasser nutzen, managen und schützen. Wir sorgen dafür, dass unsere Landschaft intakt bleibt, dass der Artenschutz fortgeführt wird und dass sich die Verbraucherinnen und Verbraucher darauf verlassen können, dass das, was sie kaufen, sicher ist. Kurz gesagt: Wir reden über die Lebensqualität in Bayern für heute und auch für morgen.

Der Einzelplan 12 für Umwelt und Verbraucherschutz ist keiner der ganz großen Etats. In diesen Etat fließen nur 1,5 % des gesamten Haushaltsvolumens. In Zahlen sind das 1,236 Milliarden Euro in diesem Jahr und rund 1,3 Milliarden Euro im nächsten Jahr. Dieser Etat ist aber hochwirksam. Ich danke an dieser Stelle allen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern für das gute Steuergeld, das wir in ihrem Sinne in den Umwelt- und Verbraucherschutz investieren.

Ich möchte gleich zu Beginn meiner Rede auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Ministerium und in den nachgelagerten Behörden danken. Sie sind Überzeugungstäterinnen und Überzeugungstäter, allen voran unser Staatsminister Thorsten Glauber. Vielen herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Danke auch allen Ehrenamtlichen in den Verbänden, die sich um den Umwelt- und Verbraucherschutz kümmern. Ihre Arbeit unterstützen wir gerne und von Herzen. Umwelt- und Verbraucherschutz sind personalintensiv; das sieht man an der Kennzahl. Die Personalausgabenquote liegt bei rund 48 %. Der Haushalt ist gleichzeitig von einer Investitionsquote von rund 26,7 % geprägt. Wir investieren also Geld in Dinge, die bleiben. In einem Säulendiagramm würde das Thema Umwelt und Umweltbildung mit über 33 % die größte Säule bilden. Knapp dahinter läge die zweitgrößte Säule, die

Wasserwirtschaft, mit über 32 %. Die weiteren Säulen wären das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, die Gewerbeaufsicht bei den Regierungen, der Verbraucherschutz, die Verbraucherinformationen und noch einige andere Themen.

Mein Herzensthema ist das Wasser. Hier haben wir unser stärkstes Sicherheitsversprechen einzuhalten. Als Konsequenz aus dem schweren Hochwasser Ende Mai und Anfang Juni 2024 wurde das Aktionsprogramm im Nachtragshaushalt 2025 einmalig um 40 Millionen Euro aufgestockt. Diese Zusatzmittel laufen jetzt formal aus. Aber nach dem Länder-und-Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz – LuKIFG – stellen wir noch einmal 50 Millionen Euro, also mehr als vorher, im Jahr 2026 und noch einmal 15 Millionen Euro mehr im Jahr 2027, also insgesamt 65 Millionen Euro, speziell für Hochwasserschutzmaßnahmen bereit.

Das ist schon ganz ordentlich. Im Programm "PRO Gewässer 2030" stehen jährlich 137 Millionen Euro zur Verfügung. Mit zusätzlichen Mitteln kommen wir auf Investitionen in Höhe von rund 250 bis 265 Millionen Euro pro Jahr. Das ist ein massives Sicherheitsversprechen. Ich sage das auch deshalb, weil wir gerade über den Innenetat gesprochen haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir gehen noch weiter. Wir haben Rekordmittel für die Trinkwasser- und Abwasserinfrastruktur. Wir unterstützen die Kommunen bei der Sanierung und dem Ausbau der Infrastruktur zur Sicherung unserer hervorragenden Wasserqualität. Ja, wir führen auch einen Wassercent ein. Man könnte sagen: Das Wasser bekommt jetzt einen Preis. Wir gehen hier sorgsam heran. Vor allem bekommt das Wasser aber mehr Schutz.

Die Landschaft in Bayern trägt viel zur Lebensqualität bei. Deshalb gilt: Naturschutz ist auch Standortpolitik. Zur allgemeinen Stärkung des Naturschutzes und der Landschaftspflege sind im Doppelhaushalt zusätzliche Mittel in Höhe von 10 Millionen Euro pro Jahr vorgesehen. Wir sichern die Arbeit der Bayerischen Akademie für

Naturschutz und Landschaftspflege, die beiden Nationalparke Berchtesgaden und Bayerischer Wald, das Nationale Naturmonument Weltenburger Enge, das Bayerische Artenschutzzentrum und zentrale Fachaufgaben des Naturschutzes beim Landesamt für Umwelt. Wir nehmen also immer noch eine ganze Menge Geld in die Hand; denn es gibt auch in Zukunft viel zu tun.

Der Klimawandel ist Realität. Klimaschutz und Klimaresilienz sind ebenso entscheidend wie der Umgang mit diesen Themen. Dieser Umgang entscheidet nämlich über die Akzeptanz der Maßnahmen bei den Menschen. Der Klimaschutz ist eine Aufgabe aller Ressorts und aller Ebenen. Er betrifft sowohl das Bauministerium und das Wissenschaftsministerium als auch die Landwirtschaft, die hier einen guten Hebel hat. Allein im Umweltressort investieren wir jährlich rund 93 Millionen Euro in Klimaschutz und Klimaanpassung. Hier ist wiederum der Hochwasserschutz dabei, aber auch klimaresiliente Orte, stabile Wälder, Energieeffizienz und Innovation.

Der Verbraucherschutz wird oftmals in der öffentlichen Darstellung vergessen. Wir sichern mit diesem Etat intensive Lebensmittelkontrollen, moderne Labore und eine funktionierende Aufsicht. Wir investieren außerdem mit digitaler Verbraucherinformation und KI-gestützter Vertragsprüfung in die Zukunft. Die KI-gestützte Vertragsprüfung wird es uns hoffentlich erleichtern, komplizierte Verträge zu lesen und eine bessere Aufklärung im Netz zu ermöglichen. Am Ende weiß nämlich jede Hausfrau und jeder Hausmann ganz gut: Verbraucherschutz beginnt im Supermarkt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Haushalt zeigt, dass wir in Bayern Umwelt- und Verbraucherschutz sehr ernst nehmen, auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Wir stehen für einen guten Umgang mit unseren Wasserressourcen, für einen starken Naturschutz, für einen pragmatischen Klimaschutz und für einen verlässlichen Verbraucherschutz.

Ich danke noch einmal allen, die dazu beitragen, dass die Umsetzung der Maßnahmen, die wir mit diesem Geld sichern, gelingt. Bayern bleibt lebenswert, nicht deswegen, weil das zufällig so ist, sondern weil wir es gestalten.

Ich bitte um Zustimmung zum Einzelplan 12.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Andreas Jurca für die Fraktion der AfD. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Jurca (AfD): Werter Herr Vizepräsident, wertes Präsidium, verehrte Kollegen! Beim Haushalt des Umweltministeriums reden wir über einen Einzelplan von rund 1,24 Milliarden Euro im Jahr 2026 und von knapp 1,3 Milliarden Euro für das Jahr 2027. Gemessen am Gesamthaushalt ist das kein Riesenetat, aber doch ein Einzelplan mit spürbarem Gewicht und einem sehr breiten Zuständigkeitsbereich.

Genau hier liegt der Knackpunkt; denn dieses Ministerium ist für Klimaschutz, Naturschutz, Wasserwirtschaft, Immissionsschutz, Abfallwirtschaft, Verbraucherschutz, Veterinärwesen, Lebensmittelsicherheit und noch einiges mehr zuständig. Anders gesagt: Hier landet ziemlich viel unter einem Dach, vom Hochwasserschutz bis zum Joghurtbecher. Man kann diese Aufgaben selbstverständlich wichtig finden, und das tun wir auch. Aber "wichtig" ist nicht gleichbedeutend damit, dass dafür zwingend ein eigenes Staatsministerium benötigt wird.

Jetzt muss ich mich bei Herrn Staatsminister Thorsten Glauber entschuldigen. Das hat wirklich nichts mit Ihrer Person zu tun. Es ist ein Zufall, dass es immer die FREIEN WÄHLER trifft. Das liegt möglicherweise daran, dass Ihnen Ihr Koalitionspartner immer die obsoleten Ministerien zuweist.

Genau deshalb beantragt die AfD, das Umweltministerium abzuschaffen und die Zuständigkeiten auf andere Ressorts zu übertragen, insbesondere auf das Wirtschaftsministerium und auf das Landwirtschaftsministerium.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Bevölkerungsministerium!)

Der Gedanke dahinter ist recht schlicht: Viele Umweltaufgaben greifen unmittelbar in die Wirtschafts-, Energie-, sowie die Land- und Forstpolitik ein. Werden Zuständigkeiten künstlich getrennt, entstehen Schnittstellen, Doppelabstimmungen und Reibungsverluste. Oder weniger technisch gesagt: Der Naturschutz wird nicht automatisch besser, nur weil ein Ministeriumsschild an der Tür hängt.Für die Haushaltsberatungen heißt das aus unserer Sicht, man kann einzelne Ansätze in diesem Einzelplan nachvollziehen, die grundsätzliche Strukturfrage bleibt aber offen. Unsere Antwort darauf lautet: weniger Parallelstruktur, klare Zuständigkeiten und schlankerer Aufbau. Auf den Rest wird mein werter Kollege Gerd Mannes noch genauer eingehen.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Jakob von der Fraktion der FREIEN WÄHLER. Bitte schön.

Marina Jakob (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute Einzelplan 12 des Umwelt- und Verbraucherschutzministeriums, das nach dem Willen der AfD abgeschafft werden soll. Dem widerspricht zwar, dass erwähnt wird, dass dort unwahrscheinlich viele Aufgaben gebündelt, koordiniert und geregelt werden, aber weil es so viel ist, schafft man es ab. Dieser Logik muss man erst einmal folgen können.

Der Haushalt setzt deutliche Schwerpunkte in Zeiten, die von globalen Krisen geprägt ist und in denen es schwierig ist, kommunal und im Bund gut zu haushalten. Bei uns im Land haben wir es auch diesmal wieder geschafft, einen stabilen Doppelhaushalt vorzulegen.

Mein Herzensthema ist der Hochwasserschutz. Ich lebe selbst in einem betroffenen Dorf. Auch dort gab es vor zwei Jahren eine Hochwasserkatastrophe. Es war spürbar. Wir haben Sandsäcke gepackt. Eines wurde klar: Wir müssen beim Hochwasserschutz schneller werden und mehr Geld in diesen investieren, und das tun wir. Mit unserem Wassergesetz, das wir im letzten Jahr Ende Dezember verabschiedet haben, haben wir die Weichen gestellt, um noch schneller zu werden und Hochwasserschutzmaßnahmen voranzubringen. Mit insgesamt 250 und 265 Millionen Euro werden wir das in den nächsten zwei Jahren auch finanziell tun. Hier geht ein großer Dank an die Wasserwirtschaftsämter, die immer versuchen, effizient und nachhaltig zu arbeiten und die Kommunen vor Ort bestmöglich zu unterstützen.

Wir haben das Wassergesetz auf den Weg gebracht, das hier begleitend unterstützt, für Effizienz und auch dafür sorgt, dass die Kommunen sich Hochwasserschutz auch leisten können. Mit einer Beteiligung von nur noch 20 % an Gewässern erster und zweiter Ordnung wird es uns gelingen, alle mitzunehmen und gemeinsam schnell voranzugehen.

(Zuruf des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD))

– Genau, hier starten wir wieder eine Grundsatzdiskussion. Für Gewässer dritter Ordnung sind die Kommunen originär zuständig. Dabei werden sie vom Freistaat unterstützt. Das ist jetzt aber die falsche Stelle, um darüber zu diskutieren.

Was tun wir noch? – Die RZWas sind ein sehr wichtiges Förderinstrument für die Infrastruktur, Abwasser und Wasser in unseren Kommunen. In Härtefällen, in denen die Leitungen marode sind, aber eine Erneuerung nicht mehr finanzierbar ist, brauchen die Kommunen unsere Unterstützung. Auch hier unterstützen wir mit 50 zusätzlichen Millionen und kommen somit auf eine Rekordsumme von 233,5 Millionen Euro. Ich finde, dies zeigt sehr deutlich, dass der Freistaat Bayern auch im Umwelthaushalt an der Seite unserer bayerischen Kommunen steht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ein kleiner, aber wichtiger Punkt ist das Thema Tiergesundheit und Tierseuchen, das auch in diesem Ministerium angesiedelt ist, das eine hervorragende und wichtige Arbeit bei uns im Freistaat leistet. An dieser Stelle gilt ein großer Dank allen Mitarbeitern. Wir werden immer wieder von neuen Tierseuchen, die uns beschäftigen, heimgesucht, zum Beispiel von der ASP. Wir setzen durch die Abschussprämie bei der Jagd finanzielle Anreize, um Wildschweine gezielt zu erlegen und die weitere Ausbreitung der ASP zu stoppen. Dies gelingt uns auch. Die Maßnahmen gelingen dank des guten Einsatzes der Menschen vor Ort, die schnell reagieren und alles im Blick haben. Dies sei hier nochmals erwähnt.

Ein weiterer wichtiger Punkt sind unsere Landschaftspflegeverbände. Es ist nicht lange her, dass wir hier über zurückgehende finanzielle Mittel diskutiert haben. Jede Maßnahme wird teurer. Früher wurde das immer einfach und pragmatisch gehandhabt. Es wurde ein Antrag gestellt und geprüft, ob es sinnvoll ist. Dann hat man die Mittel gewährt. Dies ist so nicht mehr möglich. Zusätzlich hat uns der Bund einige Millionen Euro gestrichen. Auch hier sagen wir klar: Wir stehen zu unseren Landschaftspflegeverbänden; denn sie sind genau das, was wir brauchen: die Verbindung von Landwirtschaft, Kommunen und Naturschutz. Wir wollen Natur- und Umweltschutz mit den Landbewirtschaftern in der Fläche. Dafür sind die Landschaftspflegeverbände perfekt. Sie können das und wissen, was sie tun. Dafür stehen die Mittel auch zur Verfügung.

Da ich, wie Sie wissen, aus Nordschwaben komme, möchte ich auch noch auf die Landesgartenschauen eingehen. Sie sind in diesem Haushalt gesichert und finden 2028 in Donauwörth und 2029 in meiner Heimatregion Günzburg statt. Ich freue mich schon sehr darauf. Die Landesgartenschau ist mehr als eine Blümchenschau. Sie bringt die Menschen vor Ort zusammen und die Infrastruktur schnell auf den Weg. Dort gemeinsam anzupacken und schnell und effizient einen schönen Innenstadtkern zu schaffen, genau dafür sind die Landesgartenschauen da. Auch das unterstützen wir.

Zuletzt lassen Sie mich noch sagen, wir investieren fast hundert Millionen Euro in den Klimaschutz. Alles, was Klimaschutz ist, ist in diesem Haushalt verankert. Deswegen kann ich es nicht verstehen, dass die Deutsche Umwelthilfe jetzt gegen unsere bayerische Klimapolitik klagt; diese sei ungenügend. Wir müssen sehen, in welchen Zeiten wir leben. Wir haben wirtschaftlich angespannte Situationen. Wir wissen nicht, wie wir vieles finanzieren können. Alles ist knapp, und dann wird uns noch dieser Knüppel zwischen die Beine geworfen. Wir tun alles dafür, dass es mit dem Klimaschutz und der Klimaanpassung im Freistaat vorangeht.

Herzlichen Dank an dieser Stelle an unseren Staatsminister Thorsten Glauber und sein komplettes Team, das mit vollem Einsatz dahintersteht, auch wenn es schwierig ist, und Geld investiert. Wir sind hier auf einem sehr guten Weg. Deswegen ist es nicht nachvollziehbar, dass wir in dieser schwierigen Welt, in der es nicht nur um Bayern, sondern um das Weltklima geht, solche Knüppel zwischen die Beine geworfen bekommen. Klimaschutz gelingt nur mit der Wirtschaft, weil Klima-, Natur-, Arten- und Umweltschutz Geld kosten. Nehmen wir die Wirtschaft hier nicht mit, wird es nicht funktionieren. Dafür stehen wir FREIEN WÄHLER.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Patrick Friedl für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor. Bitte schön.

Patrick Friedl (GRÜNE): Liebe Marina Jakob, ich habe zwei Fragen. Zum einen hast du von Klimaschutz gesprochen, aber die Kommunen sind der entscheidende Träger für die Klimaanpassung vor Ort. Findest du, dass der Etat hinreichend ausgestattet ist? Beim letzten Mal war er binnen weniger Monate komplett ausgeschöpft, und das Förderprogramm wurde am 18. September 2024 gestoppt. Es konnte kein Antrag mehr gestellt werden. Findest du, dass das auskömmlich ist?

Zum anderen hast du über den technischen Hochwasserschutz und darüber gesprochen, wie wichtig dieser ist. Mir fehlte aber der natürliche Hochwasserschutz. Findest du, dass hinreichend Mittel dafür vorhanden sind? Kommen wir beim Thema natürlicher Hochwasserschutz und Regenrückhalt in der Fläche endlich einmal substanziell in Programme und über Projekte hinaus? Ich kann das nicht erkennen und auch im Haushalt nicht ablesen.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte schön.

Marina Jakob (FREIE WÄHLER): Zu Punkt eins: Ja, ich würde mir wünschen, dass hier mehr Mittel vorhanden wären. Ich sage das ganz ehrlich. Das Budget ist aber begrenzt. Wir müssen mit dem Geld auskommen, das wir haben. Ich glaube, es ist eine gerechte und faire Verteilung. Mehr geht immer.

Bei Punkt zwei, dem natürlichen Hochwasserschutz, sind wir, glaube ich, auf einem guten Weg. Das muss in der Fläche bzw. vor Ort in den Kommunen passieren. Diese müssen sich um den natürlichen Hochwasserschutz kümmern, indem sie sagen, wir haben die Leute an Bord, die die Flächen besitzen und bewirtschaften, und wir tun das gemeinsam vor Ort. Das funktioniert auch. Dafür haben wir auch Mittel über die RZWas im Programm. Der Impuls dafür muss aber aus der Fläche und den Kommunen kommen. Technischer Hochwasserschutz gilt für große Bauwerke, die viele Kubikmeter sparen. Beim dezentralen und natürlichen Hochwasserschutz sind es immer nur kleine, punktuelle Maßnahmen, die nicht die nächsten drei Dörfer schützen. Das ist wichtig, ja, das brauchen wir, aber hier gehen wir mit den Kommunen weiter voran.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Laura Weber für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Laura Weber (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Einen Punkt habe ich bei meiner Vorrednerin sehr vermisst. Sie hat kein einziges Wort zum Verbraucherschutz gesagt.

(Zuruf der Abgeordneten Marina Jakob (FREIE WÄHLER))

– Kommt noch? Wunderbar, ich bin gespannt. Ein starker Verbraucherschutz ist das Fundament für fairen Wettbewerb. Er stärkt das Sicherheitsgefühl der Menschen und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unser System und unsere Prozesse, insbesondere, wenn es um Zeiten wie diese mit so großen Herausforderungen für jeden und jede Einzelne, um Digitalisierung, um den Energiebereich, um Chemikalien, um Finanzmärkte und um das Reiserecht geht. Wir brauchen einen starken Verbraucherschutz und vor allem noch mehr Verbraucherschutz. Er darf nicht weniger werden. Die Verbraucherzentrale Bayern und der VerbraucherService Bayern leisten hier eine wichtige Arbeit. Allein in der Verbraucherzentrale Bayern haben wir jedes Jahr 85.000 Beratungen. Das ist Stand 2024.Aber im Doppelhaushalt 2026/2027 kommt am Ende bei den Verbraucherzentralen und beim VerbraucherService weniger an. Hohe Inflation, komplexe Marktentwicklungen und Ergebnisse von Tarifverhandlungen belasten das Budget zusätzlich. Das führt dazu, dass rund fünf Vollzeitkräfte nicht nachbesetzt werden können. Das entspricht einem Verlust von bis zu 20 % der Beratungskapazität. Einschränkungen vor Ort sind schon jetzt sichtbar. Die Standorte in München, Landshut, Kempten, Hof, Bamberg und Amberg sind direkt betroffen. Das können wir sehen, wenn wir auf diesen Doppelhaushalt blicken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen mehr Verbraucherschutz, nicht weniger. Wir brauchen 2026 1,5 Millionen Euro mehr und 2027 ebenfalls. Auch komplexe Themen wie zum Beispiel PFAS, die Ewigkeitschemikalien, werden von den Verbraucherzentralen behandelt. Licht wird ins Dunkel gebracht. Das ist ganz wichtig für die Menschen in Bayern.

Aber es geht uns nicht nur um den Verbraucherschutz und nicht nur um die Menschen, sondern es geht uns auch um den Igel. Der Igel wird auf allen Ebenen vehement bekämpft. Es geht darum, dass wir endlich ein Nachtfahrverbot für Mähroboter bekommen. Dass das nicht klappt, ist traurig, weil es einfach und unbürokratisch wäre. Deswegen haben wir zum Einzelplan 12 einen Änderungsantrag für den Rettungsschirm für Igel gestellt. Das wäre endlich eine effektive Schutzmaßnahme für den Igel: 5 Millionen Euro zusätzlich für eine gezielte Förderung für igelfreundliche Lebensräume und eine klare Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements.

Deswegen fordere ich einen starken Verbraucherschutz für die Menschen in Bayern und den Schutz unserer Igel. Stimmen Sie unseren Änderungsanträgen zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Harry Scheuenstuhl für die Fraktion der SPD. Bitte schön.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bayern ist ein Land mit wunderschönen Wäldern, Flüssen, artenreichen Kulturlandschaften und natürlich unseren Alpen. Das ist Heimat. Aber, meine Damen und Herren, diese Schönheit ist nicht selbstverständlich. Wir sehen es doch alle. Umweltschäden nehmen zu. Die Klimakrise ist längst bei uns angekommen. Hitzesommer nehmen zu – eine Qual und höchst gefährlich insbesondere für alte und kranke Menschen. Hochwasserereignisse häufen sich. Arten verschwinden. Heimische Arten verschwinden. Grund sind oft fehlende Lebensgrundlagen.

Genau deshalb stehen wir in der Pflicht, unsere Umwelt zu schützen und entschlossen, konsequent und vorausschauend zu handeln. Wenn man sich die Politik von CSU und FREIEN WÄHLERN anschaut, muss man aber sagen, dass sie diesem Anspruch nicht gerecht werden. Ein besonders deutliches Beispiel ist für mich der Alpenschutz. Jetzt nenne ich einmal eine Zahl: 1972. Die Alpen sind nicht irgendein Landschaftsraum. Sie sind ein sensibles Ökosystem. Sie sind Grundlage für Touris-

mus und Wertschöpfung. Sie sind ein zentraler Teil unserer Identität. Die Alpen sind genug belastet und brauchen nicht noch mehr ausgebaut zu werden, hieß es damals, 1972, schon im Alpenplan. Und was machen Sie? – Mit dem sogenannten Dritten Modernisierungsgesetz haben Sie den Alpenschutz faktisch ausgehöhlt.

(Widerspruch der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Die aktuelle Debatte rund um den Ausbau des Skigebiets am Fellhorn zeigt doch ganz konkret, wohin das führt. Das durch diese Staatsregierung aufgeweichte Recht wird jetzt angewendet. Es gibt diese kurzen Fristen – Antragseinreichung, Genehmigung, am nächsten Tag Abholzung –; so läuft es jetzt.

Wir gefährden unsere Alpen und damit auch unsere Lebensgrundlagen. Tourismus und wirtschaftliche Stabilität in den Regionen sind betroffen. Meine Damen und Herren, deshalb setzen wir uns ganz besonders für den Alpenraum ein. Florian von Brunn, unser alpenpolitischer Sprecher, ist hier ganz vorne dran.

Der Tierschutz ist das nächste Thema. Wir reden viel über Werte. Aber gerade beim Umgang mit Tieren zeigt sich, wie ernst wir es damit meinen. Die Realität ist doch, dass die Tierheime am Limit arbeiten. Viele Einrichtungen kämpfen ums Überleben. Ich danke den vielen Tierfreunden und Tierfreundinnen und Ehrenamtlichen, ohne die der Tierschutz in Bayern völlig verloren gehen würde. Ich danke vor allem auch den Landwirtinnen und Landwirten, die mit ihren Tieren sehr gut umgehen und ein Aushängeschild für unseren Freistaat sind.

(Beifall bei der SPD)

Unser Ministerpräsident isst auf Instagram gerne Würstchen – Würschtli, sagen wir in Franken. Er betont, er liebt Tiere. Da sage ich ganz offen: Wer sich als Tierfreund inszeniert, muss auch liefern. Wir brauchen eine finanzielle Ausstattung für unsere Tierheime, nicht nur für Investitionen, sondern auch für den laufenden Betrieb. Das

haben Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, im Ausschuss abgeschmettert. Wir bedauern das sehr.

Tierschutz darf nicht vom Engagement Einzelner abhängen. Er ist eine staatliche Aufgabe. Das gilt natürlich auch für die Kontrollinstanzen. Wenn hier immer wieder Unterbesetzungen vorkommen und Tierschutzskandale überwiegend von nicht staatlichen Stellen aufgedeckt werden, muss man schon darüber nachdenken.

Der Hochwasserschutz wurde heute schon erwähnt. Die letzten Jahre haben uns deutlich gezeigt, wie verletzlich wir sind. Starkregen, Sturzfluten und Hochwasser sind keine Ausnahmeerscheinungen mehr, sondern mittlerweile fast jedes Jahr Realität. Aber auch das genaue Gegenteil – wochenlange Trockenheit, vor allem in Franken – nimmt zu. Nach wie vor gibt es kein Konzept dagegen. Das muss ich der Staatsregierung einfach vorhalten. Wir haben immer noch zu viele Verzögerungen, zu wenig Tempo und zu wenige Verbindlichkeiten.

Dann haben wir beim Hochwasserschutz natürlich das Thema Bezahlung. Wer zahlt die "Schmier"? – Bei Gewässern erster und zweiter Ordnung sind wir großzügig. Da geben wir seitens des Freistaats 20 %.

(Zuruf: 80 %!)

– Nein,100 % müsste er geben; denn es ist Aufgabe des Freistaats Bayern, das zu bezahlen, nicht Aufgabe der Kommunen, die nicht mehr wissen, wo sie das Geld vor Ort herkriegen sollen.

(Beifall bei der SPD)

Das führt zu der absurden Situation, dass reiche Kommunen – übrigens auch bei Gewässern dritter Ordnung – es sich leisten können, den Hochwasserschutz zu machen, und bei den armen Kommunen heißt es: Tja, da habt ihr halt Pech gehabt. – Wer das nicht glaubt, soll einmal bei den Wasserwirtschaftsämtern nachfragen, nach welchen Kriterien es Geld für Projekte vor Ort gibt. Sie verhindern damit Prävention; denn es

handelt sich um präventive Maßnahmen. Das führt vielfach zu Schäden, aber auch zu Leid.

Kommen wir zum abschließenden Punkt, zur Atomkraft. Heute haben wir schon gehört: Hurra, hurra, hurra, die Atomkraft ist da. Schaut mal, wo denn noch ein Atomkraftwerk steht, das wir rucki, zucki einschalten können; und schon geht es los mit dem billigen Strom.

(Zuruf des Abgeordneten Gerd Mannes (AfD))

Das ist die Geschichte, die die Konservativen und die von rechts außen hier erzählen. Das geht so nicht. Jeder weiß, dass ein Atomkraftwerk nicht einfach so eingeschaltet werden kann. Der hohe Preis, die immens hohen Kosten beim Erzeugen von Strom werden einfach wegradiert. Die erwähnt man nicht. Man erwähnt nicht die hohen Kosten. Ja, Kosten! Entstehen überhaupt Kosten bei der Abfallentsorgung? – Nein, sie können gar nicht entstehen, weil wir nicht wissen, wohin wir das Zeug tun sollen. Diese Frage muss doch beantwortet werden. So geht es doch nicht weiter.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, Ihre Redezeit.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Das habe ich mir gedacht. Ich habe auf die Uhr geschaut.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Es gibt zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung. Die erste Zwischenbemerkung ist von der Kollegin Marina Jakob für die FREIEN WÄHLER.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Ich habe noch mal zwei Minuten geholt. Ich darf mich trotzdem noch für die Aufmerksamkeit bedanken.

Marina Jakob (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Scheuenstuhl, ich frage mich nach Ihrer Rede, ob Sie den Haushalt überhaupt gelesen haben. Erstens. Hören Sie endlich auf zu sagen, dass wir den Ausverkauf der Alpen befürworten. Es ist definitiv nicht

so, dass jetzt mit dem Dritten Modernisierungsgesetz der Untergang der Alpen droht. Hören Sie auf, diese Fake News zu verbreiten und die Leute auf den falschen Weg zu bringen. Es ist einfach nicht wahr.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweitens. Sie haben die Tierheime angesprochen. Haben Sie gelesen, dass wir eine neue Reptilienauffangstation bauen, die viele Millionen Euro kostet, die der Freistaat finanziert und fördert? – Menschen schaffen sich Reptilien an und schaffen dann die Pflege nicht; am Flughafen und überall müssen Reptilien eingesammelt werden, die Tierheime vor Ort kommen mit den Tieren überhaupt nicht klar. Der Freistaat baut hier neu und unterstützt die Tiere, damit sie in den Tierheimen artgerecht gehalten werden können.

Drittens zur Finanzierung von Gewässern dritter Ordnung und zum Gewässerschutz: Es gibt hier ein Förderprogramm. Wollen Sie, dass der Freistaat Kommunen mit Gewässern erster und zweiter Ordnung 100 % und Kommunen mit blöderweise vier Gewässern dritter Ordnung gar nichts zahlt? Irgendwann wird das Geld knapp.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ihre Redezeit ist um.

Marina Jakob (FREIE WÄHLER): Wir brauchen hier einen Kompromiss; ihn sehen Sie einfach nicht. Sie wollen ihn nicht sehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte schön.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Zum Alpenschutz: Wir haben neulich im Umweltausschuss gehört, wie lange das gedauert hat, bis am Fellhorn eine Genehmigung ausgesprochen wurde.

(Marina Jakob (FREIE WÄHLER): Ja, sechs Jahre!)

Am 10.10.2025 wurde der Antrag eingereicht, und die Fällung der Bäume – nehme ich einmal an; ich weiß es nicht genau – war im März.

(Widerspruch der Abgeordneten Marina Jakob (FREIE WÄHLER))

– Lesen Sie es doch im Protokoll nach. Das habe doch nicht ich gesagt; das hat doch das Ministerium erzählt.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das hat doch nichts mit Alpenschutz zu tun!)

Ich mache weiter, damit ich all Ihre Fragen beantworten kann. Zu den Tierheimen: Gehen Sie doch raus in die Tierheime und fragen Sie einmal, warum sie betteln gehen. An Supermärkten gibt es mittlerweile mehr Bettler von Tierheimen als sonstige bedürftige Menschen.

(Unruhe – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wo ist die Verantwortung der Besitzer? – Michael Hofmann (CSU): Wo ist hier die Zuständigkeit?)

– Wir haben für die Zuständigkeit geworben und dafür, dass der Freistaat Bayern hier einschreitet und mithilft. Leider haben Sie das abgelehnt.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Eigener Wirkungskreis der Gemeinden, Herr Abgeordneter! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wir sollen also alles machen?)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte keine Zwiegespräche. Jetzt kommt die zweite Zwischenbemerkung vom Kollegen Alexander Flierl für die CSU-Fraktion. Bitte schön.

Alexander Flierl (CSU): Herr Kollege Scheuenstuhl, ich gebe Ihnen jetzt erstens noch einmal die Gelegenheit, vielleicht einmal darzustellen, welche tatsächlichen Auswirkungen das Dritte Modernisierungsgesetz auf die materiellen Rechtsgrundlagen und Standards genommen hat. Dadurch wurden nämlich diese Schutzstandards nicht reduziert. Im Natur-, Arten- und Landschaftsschutz gilt nach wie vor ein äußerst hohes Schutzniveau. Auch diese Einzelgenehmigung, die Sie angesprochen haben, wider-

legt dies eindeutig nicht. Also bitte kommen Sie doch bei aller pointierten Zuspitzung im politischen Geschäft zu entsprechender Redlichkeit zurück. Sie werden keinen einzigen Schutzstandard nennen können, der aufgeweicht worden ist.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweitens zum Tierwohl: Es ist bedauerlich und schlimm. Jeder Einzelfall ist einer zu viel, aber es ist schon auch wichtig zu betonen, dass es viele engagierte Kontrolleure an Veterinärämtern gibt, die Tag für Tag ihre Arbeit tun, unterstützen und auch beraten. Dies wird nämlich auch viel zu oft unterschlagen.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, auch Ihre Redezeit ist vorbei.

Alexander Flierl (CSU): Deswegen braucht man Respekt und Anerkennung gegenüber der Arbeit in den Veterinärämtern, –

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist um.

Alexander Flierl (CSU): – aber auch gegenüber den Betrieben, die sorgfältig und vorbildlich handeln.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Bravo!)

Harry Scheuenstuhl (SPD): Es gibt mittlerweile einen Haufen Katzen- und Hundehalter in Bayern, aber trotzdem glaube ich, dass die Landwirte nach wie vor für die meisten Tiere da sind. Ich habe mich bei den Landwirten, die die meisten Tiere halten,

(Martin Wagle (CSU): Unbeliebt gemacht!)

sehr herzlich bedankt.

Zum Tierwohl: Sie haben die Kontrolleure angesprochen, aber ich habe es auch erwähnt. Warum werden denn die meisten Skandale von privaten Organisationen

aufgedeckt? Wir haben auch beantragt, dass die staatliche Kontrolle verstärkt wird. Das haben Sie abgelehnt.

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Also ist es anscheinend doch nicht notwendig, dass man noch genauer hinschaut. Wir schützen die, die sich ordentlich verhalten und sich um ihre Tiere ordentlich kümmern.

(Alexander Flierl (CSU): Dann sagen Sie es aber auch so und skandalisieren Sie nicht!)

Sie schützen wir und nicht die Gauner, die dann durchschlupfen, weil zu wenig Personal da ist.

(Beifall bei der SPD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Der Vorgang läuft sechs Jahre!)

Zum Modernisierungsgesetz muss ich noch sagen: Sonst dauert eine solche Genehmigung viele Jahre mit vielen Gutachten. Jetzt beantragt man am 10.10.2025 die Genehmigung. Die Antragsunterlagen werden am 10.10.2025 eingereicht, –

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, auch Ihre Minute ist um.

Harry Scheuenstuhl (SPD): – und drei Monate später werden die ersten Bäume gefällt, und das ist keine Aushöhlung. Da lache ich ja!

(Beifall bei der SPD – Michael Hofmann (CSU): Es geht um die Schutzstandards! Sie haben keine Ahnung!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Alexander Flierl für die CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Alexander Flierl (CSU): Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich gleich mit einer grundlegenden Frage beginnen. Hat denn Umweltpolitik in einer Zeit geopolitischer Spannungen, wirtschaftlicher Unsicherheiten

und insbesondere auch daraus resultierender knapper Kassen überhaupt noch Priorität? Ist es denn auch wichtig? – Ich sage und beantworte das ganz klipp und klar. Gerade dann und genau deswegen brauchen wir eine starke und gute Umweltpolitik. Auch ein Umweltressort ist wichtiger denn je, um die Antworten auf die Fragen dieser Zeit zu geben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Heute bei der Haushaltsdebatte müssen wir auch immer wieder klar betonen, dass der Haushalt ein Spiegel politischer Prioritäten ist. Dieser Einzelplan 12 zeigt deutlich: Umwelt-, Klima- und Wasserschutz sind und bleiben zentrale Zukunftsaufgaben, auch unter den Bedingungen der Haushaltskonsolidierung. Wer heute an unserer Natur spart, wer heute bei Wasserschutz und Klimaanpassung zögert, der gefährdet morgen Lebensqualität, Wohlstand und insbesondere auch Sicherheit.

Ja, wir müssen konsolidieren. Ja, wir müssen Schwerpunkte setzen. Aber genau das wurde bei diesem Haushalt auch getan, nicht mit dem Rasenmäher, sondern mit einem klaren Kompass. Es wird gezielt in die entscheidenden Handlungsfelder investiert. Ich möchte hier die drei großen Blöcke, die größten Herausforderungen unserer Zeit ansprechen. Es geht um den Natur- und Umweltschutz, es geht um den Klimaschutz und ganz besonders natürlich auch um die Wasserwirtschaft.

Beim ersten Punkt, beim Natur- und Klimaschutz, setzen wir uns ganz zentral für unsere Naturschönheiten ein; denn wir sind im wahrsten Sinne des Wortes mit einer einzigen Natur- und Kulturlandschaft gesegnet: vom Alpenraum über unsere Mittelgebirge bis hin zu den Flussauen. Diese Vielfalt ist kein Zufall, sondern das Ergebnis verantwortungsvoller Bewirtschaftung, gerade auch über Generationen hinweg. Deshalb gilt für uns ganz besonders: Naturschutz funktioniert nicht gegen die Menschen, sondern nur mit ihnen. Deswegen lautet unser Ansatz ganz klar: Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht, Kooperation statt Konfrontation und ein Schützen und Nützen statt Käseglocke.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dies sind die drei wesentlichen Parameter unserer Naturschutzpolitik. Diese Ansätze spiegeln sich auch im Haushalt und bei Natur- und Landschaftspflege wider, wo wir auch bewusst einen Schwerpunkt setzen und 10 Millionen Euro mehr ansetzen und auch ausgeben. Trotz des Konsolidierungsdrucks stärken wir gezielt die Programme, die wirklich wirken, zum Beispiel flankiert auch durch das Kulturlandschaftsprogramm, über das wir uns morgen beim Landwirtschaftshaushalt unterhalten werden. Ich nenne hier aber insbesondere das Vertragsnaturschutzprogramm mit 95 Millionen Euro und 170.000 Hektar, die naturschutzverträglich bewirtschaftet werden. Wir kommen sukzessive unserem Ziel im Koalitionsvertrag mit 200.000 Hektar im Vertragsnaturschutzprogramm entsprechend näher.

Ganz besonders möchte ich natürlich die Landschaftspflege- und Naturpark-Richtlinie mit knapp 65 Millionen Euro Ausgabenvolumen ansprechen. Diese Programme zeigen doch eines eindeutig: Naturschutz und Landwirtschaft sind keine Gegensätze. Sie sind eben Partner. Deswegen fördern wir die Biodiversität und unterstützen unsere bäuerlichen Betriebe. Das ist gelebter, kooperativer Naturschutz, und den könnten wir beliebig mit unseren Programmen wie BayernTourNatur, dem Blühpakt, den Artenschutzprogrammen, die wir aufgestellt haben und bei denen wir auf konkrete Maßnahmen statt auf Symbolpolitik setzen, erweitern. In diesem Zusammenhang darf ich mich ganz herzlich bei allen Partnern im aktiven Naturschutz bedanken, bei den Land-, Forst- und Teichwirten, bei den Jägern, bei den Fischern, bei den Imkern, aber insbesondere auch bei unseren Landschaftspflegeverbänden und bei unseren Naturparkvereinen. Dort wird Naturschutz tagtäglich gelebt, und hier wird Naturschutz in die Fläche gebracht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zum zweiten wesentlichen Punkt: Der Klimawandel ist Realität, auch bei uns in Bayern. Hitze, Dürre, Starkregen fordern uns insbesondere heraus. Deshalb ist für uns

klar: Klimaschutz darf aber nicht gegen Wirtschaft und Gesellschaft gemacht werden. Wir setzen auf einen Dreiklang: ökologisch wirksam, wirtschaftlich tragfähig und sozialverträglich. Diese Punkte sind für uns entscheidend, und diese Punkte finden sich auch hier im Haushalt.

Wir zeigen eine klare Linie. Wir investieren trotz angespannter Lage weiter, und wir geben eben nicht nach dem Gießkannenprinzip aus, sondern wir investieren gezielt dort, wo echte Wirkung entsteht: in der Klimaanpassung und in Maßnahmen vor Ort. Nur dadurch erreichen wir Akzeptanz, und nur dadurch erreichen wir unsere Klimaziele.

Zum dritten Punkt: Das ist der entscheidende, wesentliche, der wichtige Bereich, der insbesondere eines der großen Zukunftsthemen betrifft. Das ist der Bereich Wasser. Es ist die zentrale Zukunftsfrage. Gerade hier wird eben nicht gekürzt, ganz im Gegenteil. Diesen Bereich stärken wir ganz bewusst mit hohen Investitionen in der Wasserversorgung und in der Abwasserinfrastruktur, aber insbesondere auch beim Hochwasserschutz. Wir handeln hier verantwortungsvoll, gerade auch im Sinne der kommenden Generationen.Wir unterstützen unsere Kommunen, reduzieren Wartezeiten bei wichtigen Projekten, sichern die hohe Qualität unseres Trinkwassers und schützen Hab und Gut sowie Leib und Leben unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger. Deswegen richten wir unseren Blick mit den RZWas und dem bayerischen Aktionsprogramm "PRO Gewässer 2030" klar nach vorne, indem wir massive finanzielle Blöcke setzen und ein gewichtiges finanzielles Fundament legen sowie weiter voranbringen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn wir bei diesem Umwelthaushalt den Blick auf Bayern richten, dann wird klar: Wir in Bayern sind längst Vorreiter im Umwelt- und Naturschutz. Ein Drittel unserer Landesfläche steht unter Schutz. Unsere Programme genießen bundesweite und internationale Anerkennung. Gleichzeitig sind wir ein starker Wirtschaftsstandort. Das

beweist: Nachhaltigkeit und wirtschaftliche Stärke schließen sich nicht aus, sie bedingen einander sogar.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen haben wir eine klare Haltung: Wir setzen auf Vertrauen statt Misstrauen. Wir setzen auf Zusammenarbeit statt Verbote. Wir setzen bewusst nicht auf Käseglocken-Naturschutz, der Nutzung und Schutz gegeneinander ausspielt. Im Gegenteil, unser Weg ist ein anderer: Schützen und nützen sowie Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht. Deswegen ist dieser Einzelplan mehr als ein Zahlenwerk. Er ist ein klares Bekenntnis zu unserer Verantwortung für die Schöpfung, zum nachhaltigen Wirtschaften, zu einem wirksamen Schutz vor Naturgefahren und zu einer hohen Lebensqualität in Bayern. Deshalb bitte ich um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Patrick Friedl von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor. Bitte schön.

Patrick Friedl (GRÜNE): Lieber Herr Kollege Flierl, seit ich in diesem Parlament sitze, und auch schon vorher, begegnet mir immer wieder das Diktum der Freiwilligkeit. Wenn man das Thema Freiwilligkeit im Kontext von Natur- und Umweltschutz so sehr in den Vordergrund rückt, muss ich sagen, es gibt eine Bedingung dafür, nämlich dass der Etat verlässlich wächst. Bilden Sie mir einmal ab, wo der Etat in den nächsten Jahren verlässlich wächst, damit man die zusätzlichen Aufgaben auch tatsächlich schultern kann. Freiwilligkeit wird nur dann funktionieren, wenn Sie diese auch entsprechend finanziell flankieren.

Außerdem haben Sie gesagt, ein Drittel der Fläche stünde unter Schutz. Das hätte ich gerne einmal von Ihnen durchdekliniert. Wie kommen Sie auf ein Drittel der bayerischen Landesfläche?

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte schön.

Alexander Flierl (CSU): Herr Kollege Friedl, wenn man diesen Haushalt betrachtet und sieht, dass wir trotz angespannter finanzieller Lage weiterhin den Schwerpunkt auf den kooperativen Naturschutz setzen,

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Eindeutig!)

wenn wir auf das weit und breit mit anderen Bundesländern nicht vergleichbare Vertragsnaturschutzprogramm blicken, durch das 95 Millionen Euro für unsere landwirtschaftlichen Betriebe investiert werden, die nachhaltig und ökologisch bedeutsam wirtschaften sowie auf den Artenschutz Rücksicht nehmen, und wenn wir sehen, dass wir einen Höchstwert bei den Ausgaben für Naturparke und Landschaftspflegeverbände verzeichnen, dann wird klar: Wir sorgen für eine auskömmliche Finanzierung der Partner, die den Naturschutz flächendeckend umsetzen.

Zu Ihrer zweiten Frage: Wenn Sie die Nationalparke, die Naturparke, die Landschaftsschutzgebiete und die Naturschutzgebiete einbeziehen, dann kommen Sie genau auf ein Drittel der Landesfläche.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Bravo!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Gerd Mannes für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, Herr Staatsminister Glauber, sehr geehrte Damen und Herren! Die Lage in Deutschland und Bayern ist schlecht. Die Wertschöpfung in der Wirtschaft schrumpft. Nur die Schulden, die Bürokratie und der Staat wachsen. Der bayerische Haushalt darf keinen Cent Steuergeld verschwenden, auch nicht für Umwelt und Verbraucherschutz. Der Umwelthaushalt muss vielmehr funktional und zielgerichtet sein. Wir brauchen keine staatlichen Mittel dafür, dass sich

die Staatsregierung einen grünen Anstrich verleiht. Kurz gesagt: Wir wollen den Einzelplan 12 mit sofortiger Wirkung aufheben und das Umweltministerium abschaffen.

(Felix Freiherr von Zobel (FREIE WÄHLER): Aufteilen!)

Damit lassen sich ungefähr 10 Millionen Euro an ministeriellem Wasserkopf einsparen. Die Zuständigkeiten – da haben Sie natürlich recht – können im Landwirtschafts- und im Wirtschaftsministerium verteilt werden. Das soll auch keine Kritik an den einzelnen Mitarbeitern sein. Aber der Staat soll sich auf seine Kernaufgabe konzentrieren, ohne doppelte Zuständigkeit und teure Strukturen. Kurios ist übrigens, dass die FREIEN WÄHLER in Rheinland-Pfalz genau das gefordert haben, nämlich die Abschaffung des Umweltministeriums.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU) – Felix Freiherr von Zobel (FREIE WÄHLER): Das ist abgelehnt worden!)

Zum Haushalt selbst: Er umfasst ungefähr 1,3 Milliarden Euro. Das sind 1,5 % des gesamten bayerischen Staatshaushalts. Die Haushaltspositionen insgesamt sind weitgehend zustimmungsfähig, aber sie werden unserer Meinung nach nicht immer effizient eingesetzt. Hinsichtlich des Umwelthaushalts möchte ich jetzt noch einmal besonders auf die Aufgaben Naturschutz, Landschaftspflege, Wasserwirtschaft und Klimaschutz eingehen. Das Geflecht aus europäischen, bundesrechtlichen und landesrechtlichen Vorgaben wird immer dichter. Wir müssen Bürokratie abbauen. Herr Glauber, fast ein Viertel aller Verwaltungsvorschriften im Umweltbereich wurden ersatzlos gestrichen. Da kann ich Sie jetzt auch einmal ein bisschen loben. Aber nur ein bisschen; denn es wäre meiner Meinung nach noch mehr gegangen.

Bezüglich der Wasserwirtschaft wurden die Mittel im Wesentlichen vernünftig eingesetzt. Hochwasserschutz ist extrem wichtig, aber wir müssen aufpassen, dass unsere Kommunen da nicht unterfinanziert sind. Darauf müssen wir ein Auge haben. Wir kritisieren natürlich den Wassercent. Damit sind 40 Millionen Euro an Abgaben dazugekommen. Diese Wassersteuer hätte es mit der AfD nicht gegeben.

Wir kritisieren auch, dass immer noch Millionen für den vermeintlichen Klimaschutz verpulvert werden. Es ist einfach weltfremd zu glauben, dass sich Umweltkatastrophen durch bayerische CO_2-Gesetze verhindern lassen. Das ist Unsinn. Wir streichen deshalb im Klimabereich viele überflüssige Positionen. Wir können das Weltklima von Bayern aus nicht schützen und nicht retten. Im Bereich der Klimapolitik würden wir über zwei Jahre etwa 14 Millionen Euro einsparen. Insbesondere die dafür verwendeten Gelder auf Landesebene und Zahlungen auf Kommunalebene wollen wir einstellen. In den letzten Jahren ist genug Steuergeld für fragwürdige Vereine und NGOs verschleudert worden. Das müssen wir stoppen. Wir haben eine klare Stoßrichtung: weniger Geld für diffuse Programme und Beraterstrukturen. Stattdessen soll das Geld nur in Maßnahmen fließen, bei denen man einen echten Mehrwert erkennen kann. Wir brauchen keine Klimaneutralität. Wir brauchen eine Kostenneutralität.

Zum Naturschutz und zur Landschaftspflege: Wer Naturschutz ernst meint, muss die Landwirte ins Zentrum stellen, nicht die NGOs, die Förderbürokratie und die Vorfeldstrukturen grüner Politik. Das brauchen wir alles nicht. Das ist kein konkreter Naturschutz. Ich habe das Gefühl, dass diese Förderstrukturen nur dazu da sind, dass man die grünen Verbände mit Geld versorgt und zufriedenstellt. Wir sagen dazu ganz klar: Das ist eine Verschwendung von Haushaltsmitteln. Deshalb haben wir sehr viele Änderungsanträge gestellt, von denen ich einige noch einmal ausführen möchte. Wir wollen 147 Millionen Euro jährlich so umschichten, dass im Wesentlichen nur Landwirte als Zuwendungsempfänger für Maßnahmen im Naturschutz und in der Landschaftspflege berücksichtigt werden und keine NGOs. Das wäre auch der richtige Weg. Landschaftspflege findet auf dem Feld, auf der Wiese, im Wald und auf der Weide statt, und nicht in den Verwaltungen und in den Büros von NGOs.

Unser Maßstab ist einfach: weniger Verwaltung – insbesondere beim Wasserkopf –, mehr Wirkung, weniger Geld für Vorfeld und Verbände, mehr Geld für die Landwirte und die Menschen, die Umweltschutz konkret ausführen, und zu guter Letzt weniger Bürokratie, mehr Verantwortung vor Ort. Das ist uns ebenfalls wichtig. Wir müssen

also dafür sorgen, dass das Steuergeld zu konkreten Leistungen führt und konkrete Werte entstehen. Zurück zum schlanken Staat. Ich sage es noch einmal: Ein Staat kann nicht alles regeln, auch nicht das Klima. Diese Klimaideologie ist aus unserer Sicht ein historischer Irrtum. Stimmen Sie deshalb unseren Änderungsanträgen zu.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Franc Dierl von der CSU-Fraktion vor. Bitte.

Franc Dierl (CSU): Herr Kollege Mannes, dass Sie das Umweltministerium abschaffen wollen, möchte ich nach der Erfolgsbilanz, die gerade das Land Bayern als erstes Bundesland mit einem eigenen Umweltministerium aufweist, gar nicht kommentieren. Sie haben gerade gesagt: Das Geld soll ausschließlich zu den Landwirten fließen und keinen Cent davon irgendwo anders hin.Das ist quasi ein Schlag ins Gesicht der Menschen, die sich draußen um die Umwelt kümmern, allen voran unsere Landschaftspflegeverbände, die hervorragende Arbeit leisten in Verbindung mit unseren Heimatvereinen,

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

mit unseren Regionalvereinen, egal ob das Vereine sind, die in den Mittelgebirgen tätig sind wie der Fichtelgebirgsverein, oder ob das die Alpenvereine sind, die hervorragende Arbeit machen, denen viel an diesem Land liegt. Da sagen Sie quasi knallhart: Die lassen wir alle im Regen stehen, das machen wir alles ganz anders; wir haben es uns überlegt, wir geben es nur noch den Landwirten, die übrigens eine hervorragende Arbeit für uns alle machen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte schön.

Gerd Mannes (AfD): Man kann natürlich in der Kürze der Zeit nicht alles genau abbilden und erzählen. Aber wenn Sie unseren Änderungsantrag anschauen würden oder angeschaut hätten: Dort haben wir gesagt, wir geben nach Möglichkeit alles den Landwirten, soweit es eben möglich ist. Sie haben richtig geraten: Es ist nicht immer überall möglich. Wir haben gesagt, zu 90 %. Es ist durchaus richtig, dass man das denen nicht immer geben kann.

Aber wissen Sie, was mich wirklich ärgert? – Die Kollegin Jakob hat vorhin die sogenannte Umwelthilfe kritisiert, die die Staatsregierung verklagt. Genau diese Umwelthilfe wird mit Staatsgeld gefüttert, gefüttert, gefüttert. Das ist falsch. Diese grünen NGOs sollen kein Steuergeld mehr bekommen. Das ist nutzlos. Das ist wirklich Geldverschwendung. Nichts anderes ist das.

(Beifall bei der AfD)

Dafür setzen wir uns ein.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist der Kollege Freiherr von Zobel für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Felix Freiherr von Zobel (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, sehr geehrter Herr Staatsminister Thorsten Glauber, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Wenn die AfD Bayern mit Rheinland-Pfalz vergleicht, dann finde ich das sehr abenteuerlich.

(Gerd Mannes (AfD): Die FREIEN WÄHLER!)

Das sagt mir, dass Sie da eher das Denkvermögen von der Größe des Saarlandes oder von Bremen haben, während wir das von Bayern haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich darf mich vorab für den vorgelegten Haushalt und für die gute Arbeit bei Ihnen, Herr Staatsminister, und bei Ihrem Haus bedanken. Der Einzelplan 12 entwickelt sich positiv und zeigt eine klare Schwerpunktsetzung im Bereich Umwelt und Verbraucherschutz.

Liebe Kollegin Weber, die FREIEN WÄHLER, die Kollegin Marina Jakob und ich, bedanken uns natürlich ausdrücklich bei den Verbraucherschützerinnen und Verbraucherschützern. Sie wollte mir nur ein bisschen Redezeit lassen. Wir haben uns das Ganze ja aufgeteilt.

Wir haben durch das finanzpolitische Phänomen im Bund eine deutliche Steigerung im Doppelhaushalt. 2026 sind es 40 Millionen Euro, 2027 sind es 80 Millionen Euro. Traditionell haben wir eine wahnsinnig hohe Investitionsquote im Einzelplan 12. Die liegt im Doppelhaushalt bei rund 27 %. Der Gesamthaushalt hat ja eine Investitionsquote von 17 %. Wenn wir die Mittel aus dem Bund einbeziehen, dann liegt sie bei 40 %. Daher müssen wir uns mit diesem Haushalt wirklich nicht verstecken.

Damit wird auch deutlich: Die Mittel für Umwelt und Verbraucherschutz werden nicht zurückgefahren, sondern werden gezielt gestärkt und weiterentwickelt. Damit ermöglichen wir, wichtige Zukunftsbereiche insbesondere in der Wasserwirtschaft, im Hochwasserschutz und in der kommunalen Infrastruktur weiter auszubauen und zu stärken. – Da brauchen Sie gar nicht so traurig zu schauen, Herr Kollege Scheuenstuhl! Wir schaffen das nämlich.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Ich bin mir nicht sicher!)

Wenn wir über Umweltpolitik sprechen, dann sprechen wir oft über Ziele, Grenzwerte und auch Vorschriften. Ich möchte noch auf eine andere Seite hinweisen, und zwar die der Fläche. Ich denke an unsere Wiesen, unsere Felder, unsere Wälder und die Menschen, denen sie gehören oder die sie bewirtschaften. Genau hier setzt der Vertragsnaturschutz an und auch der kooperative Naturschutz. Er setzt eben nicht auf Zwang, sondern auf Zusammenarbeit und Zusammenhalt und geht damit den

bayerischen Weg, weil wir eben nicht auf Verbote setzen, sondern auf Vertrauen, nicht auf Konflikte, sondern auf Kooperation.

Das ist eine Win-win-Situation für die Umwelt und für die Landwirtschaft. Unsere Landwirtinnen und Landwirte leisten jeden Tag das, was sich viele Menschen wünschen: den Erhalt artenreicher Wiesen, die Gestaltung der Lebensräume für Insekten und Vögel und einen aktiven Beitrag zum Natur- und Klimaschutz. Wie gesagt, der große Vorteil dieses Ansatzes ist: Er bringt Umwelt- und Landwirtschaftspolitik zusammen, anstatt sie gegeneinander auszuspielen. Das ist gerade in der heutigen Zeit extrem wichtig.

Für die vielen neu gegründeten Landschaftspflegeverbände möchte ich unbedingt Thorsten Glauber danken. Vielen Dank dafür! Ich wollte auch eine Laudatio halten, bin aber schon im Minus mit meiner Redezeit.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ja, die ist um.

Felix Freiherr von Zobel (FREIE WÄHLER): Ich hatte nur knapp über zwei Minuten.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Patrick Friedl für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Sie haben das Wort.

(Abgeordneter Patrick Friedl (GRÜNE) schenkt sich ein Glas Wasser ein – Felix Freiherr von Zobel (FREIE WÄHLER): Oh, er hat viel zu sagen! – Harry Scheuenstuhl (SPD): Es geht ja auch um Wasser!)

Patrick Friedl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir heute auf den Umwelthaushalt zu sprechen kommen, dann geht es um mehr als um Zahlen. Es geht um die Zukunftsfähigkeit Bayerns. Aber der Blick auf die Zahlen in Ihrem Haushaltsentwurf zeigt, dass genau diese auf dem Spiel steht,

die Zukunftsfähigkeit; denn der Einzelplan 12 schrumpft weiter, und zwar um über 60 Millionen Euro von 2025 auf das Jahr 2026,

(Widerspruch des Abgeordneten Felix Freiherr von Zobel (FREIE WÄHLER))

also inflationsbereinigt um 5 %, minus 5 % auch bei den so wichtigen Investitionen in einer Zeit, in der wir dringend mehr Naturschutz, mehr Umweltschutz, mehr Klimaschutz und Klimaanpassung bräuchten. Gerade jetzt müssen wir in eine resiliente, widerstandsfähige Infrastruktur investieren. Ausgerechnet hier wird weiter gespart.

Noch deutlicher wird es bei den Investitionsförderungen: inflationsbereinigt minus 6 %. Fakt ist: Während die Herausforderungen wachsen, schrumpfen die Mittel. Natur und Umwelt sind dieser Staatsregierung leider immer weniger wert.

(Martin Wagle (CSU): Kompletter Unsinn!)

Das wirkt sich sowohl ökologisch als auch wirtschaftlich aus. Diese Schieflage können wir uns nicht länger leisten. So fehlen ausreichend Mittel für den kooperativen Naturschutz für die Landschaftspflege und für die Umweltbildung. Hier haben wir Anträge zur besseren Finanzierung vorgelegt.

Besonders werden auch die Kommunen in Bayern weiter im Starkregen stehen gelassen, und das ausgerechnet in einer Zeit, in der sie beim Klimaschutz und bei der Klimaanpassung mehr leisten müssten denn je. Längere Hitzeperioden, Dürren, Starkregen, Sturzfluten – das findet jetzt statt, regelmäßig und immer häufiger, mitten in Bayern, und das wird – ich sage das immer dazu – immer teurer. Die Schadensreparaturkosten werden immer höher und belasten dann zusätzlich den Umwelthaushalt. Das prägt auch die Realität vor Ort.

Die Herausforderungen wachsen, aber die Mittel sinken. Die Schere zwischen dem Anspruch und der Wirklichkeit in der Umwelt- und Klimapolitik in Bayern geht immer weiter auf. Sie versuchen, diese mit der Verschiebung von Klimazielen und Renaturierungszielen zu schließen. Auf allen Ebenen läuft das gerade. Sie haben es angekün-

digt für das Klimaschutzgesetz. Es findet genauso auf der EU-Ebene und auf der Bundesebene statt. Man versucht, das Erreichen dieser Ziele weiter hinauszuschieben, weil man sie haushälterisch nicht abbilden will. Das Problem ist aber: Physik und Natur lassen nicht mit sich verhandeln.

Unsere Gemeinden, Märkte und Städte sind die entscheidende Ebene, um die Folgen des Klimaschocks zu bewältigen. Sie planen Sturzflutmanagement, entwickeln Hitzeaktionspläne, investieren in Regenwassermanagement und begrünen und entsiegeln. Für die Haushaltsjahre 2026 und 2027 sind aber leider nur jeweils deutlich unter 10 Millionen Euro für den kommunalen Klimaschutz und Klimaanpassungen vorgesehen. Das ist angesichts der Herausforderungen unzureichend und realitätsfern.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Wir beantragen deshalb als ersten Schritt eine deutliche Aufstockung auf 30 Millionen Euro jährlich 2026 und 2027. Nur so werden wir dem tatsächlichen Bedarf der Kommunen gerecht. Marina Jakob hat es vorher selber betont: Wir brauchen die Kommunen, aber die Kommunen müssen auch leistungsfähig sein. Die erwarteten über 40 Millionen Euro aus dem Wassercent müssen konsequent in den Landschaftswasserhaushalt fließen; denn nur wenn der Wasserhaushalt funktioniert, kann Wasser in der Fläche bleiben, neues Grundwasser entstehen und Hochwasser auf natürliche Weise abgepuffert werden. Wenn wir Flächen wiedervernässen, Regen rückhalten und Böden entsiegeln, dann schützen wir uns vor Dürre und Starkregen und stabilisieren Grundwasser.

Im Moment haben wir aber den gegenläufigen Trend: Es wird immer mehr versiegelt, und es werden immer mehr wichtige Flächen herausgenommen. Wir kommen nicht wirklich vorwärts beim Regenrückhalt in der Fläche. Jeder Euro, den wir hier investieren, wirkt mehrfach: für den Wasserschutz, für die Anpassung an die Klimakrise, für die Artenvielfalt und für unsere Landwirtschaft. Ja, unsere Landwirtschaft macht gute Arbeit. Aber sie braucht die entsprechende Unterstützung, damit sie den Umbau der

Flur, der über Jahrzehnte gelaufen ist, wieder zurückdrehen kann. Dafür braucht sie jetzt ein Investitionsprogramm – und das fehlt hier.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die bisherigen Förderprogramme reichen dafür nicht. Viele gute Projekte kommen nicht voran. Deshalb brauchen wir einen echten Wechsel weg vom Reparieren hin zu vorausschauendem Handeln in der Fläche. Wir müssen Regen dort halten, wo er fällt.Wir müssen unsere Landschaften wieder zu Schwämmen machen. Das hilft unserem Grundwasser und unserem Trinkwasser, und es schützt zugleich unsere Gemeinden und Städte vor Sturzfluten. Ich weiß, wovon ich rede. Wenn ich auf die Kommunen bei uns in der Nähe von Kitzingen und bei Reichenberg schaue, stelle ich fest: Es ist immer das Gleiche. Es ist die Flur, die das Wasser nicht mehr halten kann, und der Starkregen, der kommt und dann zu massiven Schäden führt. Wer also mehr für Umwelt und Klima tut, leistet damit mehr für Sicherheit, Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit unserer Gemeinden.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist um.

Patrick Friedl (GRÜNE): Nur mit einer auch finanziell gestärkten kommunalen Ebene werden wir weiterkommen.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist um.

Patrick Friedl (GRÜNE): Stimmen Sie deshalb unseren Änderungsanträgen zu.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. Es gibt aber noch einmal eine Minute. Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dafür erteile ich Herrn Kollegen Alexander Flierl von der CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Alexander Flierl (CSU): Herr Kollege Friedl, Sie behaupten ja, dass die Mittel in zentralen Bereichen zurückgefahren werden würden. Wie bewerten Sie, dass für die RZWas im Haushalt 2025 183 Millionen Euro vorgesehen waren und für die beiden

folgenden Jahre pro Jahr 233 Millionen Euro? Wie bewerten Sie, dass im letzten Jahr im Haushalt für den Hochwasserschutz 240 Millionen Euro vorgesehen waren, für dieses Jahr aber 250 Millionen Euro und im kommenden Jahr 265 Millionen Euro? Das ist meines Erachtens ein Aufwuchs und kein Abschmelzen. Gerade bei der Frage des natürlichen Hochwasserschutzes sollten Sie berücksichtigen, dass wir Mittel in den RZWas vorgesehen haben und auch Projekte wie boden:ständig unterstützen. Auf diese Fragen hätte ich gerne eine Antwort von Ihnen.

(Beifall bei der CSU)

Patrick Friedl (GRÜNE): Lieber Herr Kollege Flierl, ich schichte Ihre Fragen von hinten ab. Die Projektitis muss enden, und boden:ständig muss in die Fläche. Wenn Sie da wirklich vorankommen wollen, müssen Sie ein großes Investitionsprogramm veranlassen. Das tun Sie bewusst nicht. Sie haben es selber gesagt, es würden weiterhin ein paar Mittel ausgegeben.

(Widerspruch bei der CSU – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das ist keine Antwort!)

Sie gehen gleichzeitig mit großen Mitteln in den technischen Hochwasserschutz hinein. Der technische Hochwasserschutz ist seit Jahrzehnten unterfinanziert. Sie mussten wahnsinnig nacharbeiten, weil es große Schadensereignisse gab. Das ersetzt aber nicht die Investitionen, die wir jetzt in der Flur brauchen. In der Summe investieren Sie im Haushalt weniger, nicht mehr.

(Widerspruch bei der CSU – Martin Wagle (CSU): Das ist ja Unsinn!)

Das können Sie in den eigenen Zahlen nachlesen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Thorsten Glauber um das Wort gebeten. Bitte schön.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! In Bezug auf den letzten Redner möchte ich die Haushaltssituation noch einmal einordnen: Der Haushalt des Umweltministeriums, aus bayerischen Mitteln und aus Mitteln des Bundes, wächst um 41 Millionen Euro im Jahre 2026 und um noch einmal 123 Millionen Euro im Jahr 2027. Sie können hier zwar viel erzählen; aber das Ministerium wächst natürlich durch LuKIFG-Mittel, durch Bundesmittel und durch Landesmittel.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir, die Bayerische Staatsregierung, setzen diese Schwerpunkte im Umwelt- und Verbraucherschutzbereich natürlich auch richtig. Ich bin seit dem Jahr 2018 für dieses Ressort verantwortlich, und die Vielzahl der Aufgaben wurde heute genannt. Als ich im Jahr 2018 dieses ehrenvolle Amt antreten durfte, lag der Haushalt bei 880 Millionen Euro. Kollege Friedl, wir haben diesen Haushalt von 880 Millionen auf 1.423.000.000 Euro im Jahr 2027 angehoben. Sie sehen, was der Freistaat Bayern gegenüber anderen Bundesländern seit dem Jahr 2018 geleistet hat. Zwischen dem Jahr 2018 und dem Jahr 2027 fand die Pandemie statt, begann der brutale Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und erfolgt aktuell die nächste Energiekrise, die im Rahmen des Kriegs im Iran und natürlich der übrigen Kriege in der Welt stattfindet. Wir befinden uns seit 2020 in einer weltweiten Dauerkrise, und trotzdem hat diese Staatsregierung es geschafft, den Haushalt im Umwelt- und Verbraucherschutzbereich von damals rund 900 Millionen auf 1,4 Milliarden Euro anwachsen zu lassen. Damit ist klar, dass diese Staatsregierung den Umwelt- und Verbraucherschutz nicht aus dem Blick verloren hat. Vielmehr war er immer Gegenstand einer guten und wichtigen Politik im Freistaat Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich möchte noch auf die Geschichte des Umweltministeriums eingehen: Am 8. Dezember 1970 wurde Max Streibl, der Vater meines geschätzten Fraktionsvorsitzenden Flo-

rian Streibl, der erste Umweltminister in Bayern. Die damalige Regierung Goppel hatte eine kluge Entscheidung getroffen, nämlich das erste Umweltministerium der Welt zu gründen. Diese Entscheidung der CSU war wichtig. In unseren Flüssen starben viele Fische. In Deutschland ereignete sich ein gravierendes Waldsterben. Saurer Regen stand einer sauberen Luft entgegen. Deshalb war es richtig, 1970 ein Umweltministerium zu gründen, und an dieser Gründung hält die Staatsregierung mit aller Kraft fest, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich komme nun noch zu den Aufgaben in den jeweiligen Zuständigkeiten. Kollege Scheuenstuhl, Sie waren Bürgermeister. Als Bürgermeister wissen Sie genau, was Ihr Wirkungsbereich ist. Sie stellen sich hierhin und sagen: Für die Tierheime ist der Freistaat Bayern zuständig. – Dazu muss ich sagen: Sorry, dann wussten Sie nicht, welchen Job Sie als Bürgermeister auszuüben hatten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Widerspruch des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD))

Die Zuständigkeit für ein Tierheim fällt klar in den Wirkungsbereich eines Bürgermeisters. Sorry, Herr Scheuenstuhl.

(Widerspruch bei der SPD)

– Lesen Sie nach, wer für die Fundtiere zuständig ist.

(Widerspruch bei der SPD)

– Regen Sie sich nicht auf, sondern informieren Sie sich über die Zuständigkeit.

(Widerspruch bei der SPD – Harry Scheuenstuhl (SPD): Als Minister sollte man das wissen!)

– Ich würde mich nicht so aufregen, Herr Scheuenstuhl; denn jetzt komme ich zum Freistaat Bayern.

(Widerspruch bei der SPD)

Der Freistaat Bayern investiert für die Fundtiere 14 Millionen Euro, um genau dort die Unterstützung für die Kommunen zu leisten. Damit ist klar, dass der Freistaat Bayern nicht säumig ist. Der Freistaat Bayern kennt seine Aufgabe, und dafür danke ich den beiden Regierungsfraktionen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir machen weiter, Herr Kollege Scheuenstuhl. Sie stellen sich hin und sagen: Zuständig für Gewässer erster und zweiter Ordnung ist der Freistaat Bayern. Das ist richtig. Zuständig für die Gewässer dritter Ordnung ist die kommunale Familie.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Richtig!)

Jetzt ordnen wir die Gewässer ein: 8.800 Kilometer in Bayern sind Gewässer erster und zweiter Ordnung. Knapp 100.000 Kilometer sind Gewässer dritter Ordnung. Wo fließt denn das Gewässer dritter Ordnung hin? – Es fließt natürlich in das Gewässer zweiter und erster Ordnung.

Lieber Kollege Scheuenstuhl – auch wenn Sie jetzt gehen –,

(Widerspruch des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD))

wir haben eines nicht gemacht – jetzt kommt er wieder! –,

(Allgemeine Heiterkeit)

wir haben uns am Ende des Tages nicht getrennt. Dafür danke ich der kommunalen Familie. Wir fördern nach wie vor die Gewässer dritter Ordnung, weil das eine partnerschaftliche Leistung ist. Ich bin der kommunalen Familie sehr dankbar. In einem guten Prozess haben wir uns im neuen Wassergesetz auf 20 % Beteiligtenbeiträge

verständigt. Damit ist klar: Hochwasserschutz geht nur partnerschaftlich, und zwar Hand in Hand bei den Gewässern dritter, zweiter und erster Ordnung. Nur wer dort gemeinsam handelt, wird am Ende gemeinsam einen erfolgreichen Hochwasserschutz hinbekommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Angesprochen wurde auch die Wichtigkeit der Förderung. Eine segensreiche Einrichtung für die Partnerschaft sind die RZWas. Mit LuKIFG-Unterstützungsmitteln und RZWas-Mitteln schaffen wir es, die Wasserversorgung, die als kostendeckende Einrichtung originär eigentlich immer in die Zuständigkeit der kommunalen Familie fallen würde, mit über 230 Millionen Euro – dabei handelt es sich um eine Rekordsumme für neue Wasser- und neue Abwasserleitungen – zu fördern und damit bestes Trinkwasser und im Abwasserbereich den besten Umweltschutz in Bayern gemeinsam zu ermöglichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Wasserwirtschaft haben wir im neuen Wassergesetz Rahmenbedingungen geschaffen, sodass auch beim Hochwasserschutz Vorrang eingeräumt werden kann. Wir brauchen beim Hochwasserschutz eine Beschleunigung, und deshalb herzlichen Dank an die Regierungsfraktionen, die im vergangenen Jahr 40 Millionen Euro mehr für den Hochwasserschutz, im aktuellen Jahr 10 Millionen Euro mehr und im kommenden Jahr noch einmal 25 Millionen Euro mehr ermöglicht haben.Das sind im Paket noch einmal 75 Millionen; die musst du erst einmal "in der Straße" verbauen. Unsere 17 Wasserwirtschaftsämter können das; die Kolleginnen und Kollegen sind hoch engagiert.

Hochwasserschutz in Bayern ist den Regierungen seit 1999 ein wichtiges Anliegen. Da kannst du auf jede Ministerkonferenz gehen; es gibt kein Bundesland, das so viel Geld in Hochwasserschutz investiert wie der Freistaat Bayern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich will neben den Themen rund ums Wasser – Trinkwasser, Hochwasser, Abwasser – einen weiteren großen Schwerpunkt des Umweltministeriums ansprechen. Das ist der komplette Bereich des Naturschutzes.

Ich bin da sehr ehrlich: Wir haben im letzten Jahr keine einfache Situation im Naturschutzhaushalt, im LNPR-Haushalt gehabt. Ich habe mich als Umweltminister aber hingestellt und mit allen Naturschutzverbänden und auch mit allen Landschaftspflegeverbänden das offene Gespräch gesucht. Wir haben aus den Landschaftspflegeverbänden sehr gute Unterstützung erfahren.

Dieses nicht einfache Jahr wurde eigentlich durch fehlende Bezahlung von Bundesmitteln ausgelöst. Die jetzige Bundesregierung bezahlt diese Bundesmittel wieder. Wir im Freistaat haben 10 Millionen draufgepackt. Der Bund zahlt wieder, und wir sind durch dieses Tal gemeinsam gegangen.

Politik hat auch etwas damit zu tun, dass man sich ehrlich in die Augen schaut und in herausfordernden Zeiten zusammensteht. Diese Staatsregierung hat jetzt aber gezeigt: Wenn der Bund zahlt, dann zahlen wir noch on top. Landschaftspflege, Vertragsnaturschutz sind uns ein großes Anliegen. Kolleginnen und Kollegen, die Bäuerinnen und Bauern und die Landschaftspflegeverbände in Bayern können sich auf die Regierung und auf das Umweltministerium verlassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Es ist angesprochen worden, dass der Schwerpunkt beim Umwelt- und Naturschutz am Ende des Tages vorwiegend im Bereich der NGOs und der Naturschutzorganisationen und -verbände liegt. Gott sei Dank ist das in Bayern komplett anders.

Wir haben im Vertragsnaturschutzprogramm nahezu 30.000 Bäuerinnen und Bauern, Familienbetriebe als Partner. Diese Kulturlandschaft in Bayern ist geprägt von Handarbeit, von wenigen Euros, die viele Betriebe in Bayern kriegen. Um diese Kulturlandschaft beneidet uns ganz Deutschland.

Warum sind wir Tourismusland Nummer eins? – Weil diese Kulturlandschaft eben so wunderschön ist. Warum hat am Ende der Naturschutz einen Beitrag? – Weil wir eben Tourismusland Nummer eins sind. An allererster Stelle ist das doch der größte Gewinn für unsere Bürgerinnen und Bürger, die hier in diesem Freistaat leben. Wir werden deshalb alles dafür tun, dass wir mit unseren Partnern und Partnerinnen, mit den nahezu 30.000 Landwirten im Vertragsnaturschutz, dort nach wie vor erfolgreich sind.

Wir haben mit 71 eine Rekordzahl an Landschaftspflegeverbänden. Es ist von meinem Kollegen Felix von Zobel angesprochen worden, dass wir dort im Prinzip neu gegründet haben; 11 Stück habe ich selber mit neu gegründet. Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb ist es richtig so, dass wir das gemeinsam und in Partnerschaft tun.

Auch das Thema Verbraucherbildung gehört zur Ehrlichkeit. Wir geben in Bayern in der Verbraucherbildung und Verbraucherberatung – VerbraucherService und Verbraucherzentrale –12,3 Millionen Euro aus. Das ist uns ein wichtiges Anliegen.

Natürlich müssen wir Schwerpunkte setzen. Ich glaube, mit 12,3 Millionen Euro sind wir auch in der Verbraucherbildung und in der Verbraucherberatung über die Jahre hinweg ein verlässlicher Partner. Das ist und das bleibt uns wichtig.

Herausfordernd für die nächsten Jahre wird sein – ich sage das auch als Umweltminister –, wie man mit neuen Aufgaben umgeht. Ich sage da einmal ein Wort in Richtung Europa: Europa macht uns letztendlich das Leben Jahr für Jahr schwerer und schwerer. Wir werden von neuen Regeln und Verordnungen überrollt.

Ich will einmal einige EU-Vorschriften nennen: Bodenschutzverordnung, Verordnung zur Wiederherstellung der Natur, Entwaldungsverordnung, Methanverordnung, Industrieemissionsrichtlinie, Luftqualitätsrichtlinie. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, das, was da in Brüssel entfesselt passiert, ist nicht mehr handhabbar. Das ist überhaupt nicht mehr von Vernunft geprägt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich sage zum Anfang einen Satz, um nicht missverstanden zu werden: Die Idee hinter der EU-Wiederherstellungsverordnung ist gut. Die Umsetzung und was Brüssel momentan liefert, ist aber eine totale Katastrophe, weil in Brüssel nämlich keine Konnexität und keine finanzielle Verlässlichkeit gelebt wird, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich sage Ihnen eins: Wenn der Mehrjährige Finanzrahmen von 2028 bis 2034 in der zweiten Säule, in der Landwirtschaftsförderung so bleibt, dass das auf Null gesetzt wird, dann wird am Ende nicht nur unsere Landwirtschaft in Bayern massiven Schaden erleiden, sondern der Naturschutz wird unter die Räder kommen. Mehr fordern, neue Regeln auflegen, aber gleichzeitig die Finanzierung nicht mehr sicherstellen! – In Bayern gibt es Konnexität. In der EU sollten sie dringend Konnexität einführen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich habe keine Lust mehr. Ich habe damals – ich war jung in der Politik – Natura 2000, FFH und das Trennen von Landwirtschaft und Naturschutz erlebt. Ich werde alles dafür tun, dass wir nicht wieder solche Zustände erleben, in denen sich Landwirte und Flächeneigentümer, Naturschutz und am Ende auch wir in den Behörden trennend gegenüberstehen. Wir werden alles dafür tun, dass die Partnerschaften, die in den letzten Jahren gewachsen sind, erhalten werden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Deshalb: Nein! So wird man die Verordnung zur Wiederherstellung der Natur nicht nach Bayern tragen können.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Ich will am Ende herzlich für die engagierte Haushaltsdebatte danken. Ich danke Barbara Becker und Alexander Flierl, Marina Jakob und Felix von Zobel für die Unterstützung auch in den Haushaltsberatungen. Ich sage herzlichen Dank an den gesamten Haushaltsausschuss für diese lebendige Diskussion. Ich sage herzlichen Dank an den Landtag und an die Staatsregierung für die Unterstützung, mit der wir arbeiten können.

Ich sage auch aber herzlichen Dank an meine Kolleginnen und Kollegen aus dem Ministerium. Die Ministeriumsspitze und die ganzen Kolleginnen und Kollegen, die am Haushalt mitgearbeitet haben, sind heute mit vertreten.

Ich sage aber auch herzlichen Dank an die nahezu 7.000 Kolleginnen und Kollegen draußen, die diese gute Arbeit im Wirkungsbereich des Umweltministeriums über das Jahr hinweg gemeinsam umsetzen werden und wollen. Ich sage auch herzlichen Dank an alle Organisationen, Verbände und Vereine, die ihr Engagement für den Naturschutz und damit für das Wichtigste – sauberen Boden, gesunde Luft, bestes Trinkwasser und Artenvielfalt – einbringen.

Herzlichen Dank und ein Dankeschön, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegen noch zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor. Die erste ist vom Kollegen Patrick Friedl für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Patrick Friedl (GRÜNE): Lieber Herr Minister Glauber, ich habe drei Fragen.

Die Erste: Sie sprachen von den Bundesmitteln, die Sie mit hineinrechnen. Wir mussten erleben, dass Bundeshaushalte erfolgreich beklagt wurden; bei dem Umgang mit dem Begriff der Zusätzlichkeit ist das nicht ganz ausgeschlossen. Rechnen Sie damit, dass Sie Mittel aus dem Landeshaushalt umschichten können, damit das dann aufgefangen werden kann?

Zweitens. Was ist mit dem Wassercent? Wird dieser, wie Sie schon einmal versichert haben, auch wesentlich für den natürlichen Hochwasserschutz und für den Regenrückhalt in der Fläche eingesetzt? Haben Sie vielleicht auch schon konkretere Vorstellungen, um welches Volumen es da geht?

Drittens. Noch einmal zum kommunalen Klimaförderprogramm: Wenn das wie beim letzten Mal frühzeitig überbucht ist, können wir dann damit rechnen, dass dafür im Nachtragshaushalt diesmal zusätzliche Mittel eingestellt werden?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte schön.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Fangen wir beim Bundeshaushalt an. Ich gehe davon aus, dass die Bundestagskolleginnen und -kollegen klug waren, der Bundeshaushalt steht und auch trägt. Es wird nie im Leben möglich sein, ausfallende Bundesmittel eins zu eins aus den einzelnen Haushalten der Länder zu ersetzen. Wer so etwas erzählt, hat sehr wenig Vorstellung davon, wie Haushaltsplanung funktioniert. Die Bundesmittel werden kommen, und wir werden sie im Freistaat Bayern und innerhalb der Staatsregierung, so wie wir es auch im Umweltministerium tun, natürlich sehr sinnvoll und gut einsetzen.

Die Frage nach dem Wassercent. Ja, der Wassercent wird im Jahr 2026 das erste Mal erhoben, und zwar halbjährlich. Damit werden dem Freistaat Bayern circa 35 bis 40 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Diese ersten wie auch die fortfolgenden Einnahmen werden – so ist der Wassercent angelegt – dazu genutzt werden, das Wasserdargebot, die Wasserqualität und eine gute Wasserversorgung in ganz Bayern für kommende Generationen zu sichern.

Die letzte Frage war, inwieweit die sogenannten LuKIFG-Mittel überbucht sind und ob sie in Zukunft auch überbucht sein werden. Wir haben heute ein Controlling-System eingeführt, damit wir diesbezüglich besser aufgestellt sind. Es gab damals einen Run auf die Mittel. Aktuell ist es so, dass die Kommunen die zugesicherten LuKIFG-Mittel eher schwer verbauen, weil die Kofinanzierung von den Kommunen nicht gestemmt wird. Das zeigt die Herausforderungen, die die Kommunen tragen. Sie brauchen sich keine Sorgen zu machen, dass wir die Herausforderungen nicht stemmen können, sondern Sie müssen auf die Kommunen zugehen, damit sie das umsetzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Die zweite Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Harry Scheuenstuhl von der SPD-Fraktion.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Herr Minister, herzlichen Dank für Ihre leidenschaftliche Rede. Sie freut mich sehr. Sie haben aber überzogen. Sie haben nämlich gesagt, die Kommunen sollen sich um die Gewässer dritter Ordnung kümmern. Das ist richtig. Sie haben auch gesagt, es wäre ein Gnadenakt, dass der Freistaat Bayern Geld dazugibt. Ich unterstreiche: Die Kommunen haben das Recht, genügend Geld vom Freistaat Bayern zu bekommen. Sie bräuchten Ihre Almosen nicht, wenn sie finanziell ordentlich ausgestattet würden. Statten Sie die Gemeinden und Städte ordentlich mit Geld aus! Dann können sie ihre Aufgaben auch ohne Ihr Zutun bewältigen.

(Zuruf des Abgeordneten Alexander Flierl (CSU))

Sie haben vom Bayerischen Vertragsnaturschutzprogramm und den Landschaftspflegeverbänden gesprochen. Sie sind doch aber erst ins Laufen gekommen, als sie gedrängt und Politiker angeschrieben haben. Erst danach sind Sie ins Laufen gekommen. Herr Staatsminister, Sie haben das nicht von sich aus angeschoben.

Das Gleiche gilt für die RZWas. Bei dieser Richtlinie haben Sie auch nicht von vornherein Ihre Schulden beglichen, sondern dies erst dann getan, als wir gesagt haben: Schaut mal her, die Kommunen warten auf ihr Geld. – Das ging jahrelang so. Dann haben Sie sich zwar nicht "bequemt", aber Sie haben sich "bemüht". Sie haben sich erfolgreich bemüht und den Gemeinden auch mehr Geld zugewiesen. Tun Sie aber bitte nicht so, als machten Sie das aus freien Stücken.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Kollege Scheuenstuhl, ich weiß nicht, was für ein Empfinden Sie damals als Bürgermeister hatten und was für eines Sie heute als Abgeordneter haben, wie der Freistaat Bayern Ihnen als Partner zur Seite steht. Es gibt kein anderes Bundesland, das seinen Gemeinden

so viele Schlüsselzuweisungen zur Verfügung stellt wie der Freistaat Bayern. Damit muss sich die Staatsregierung Ihren Vorwurf nicht gefallen lassen.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr richtig!)

Kollege Scheuenstuhl, Ihr Rechenexempel verstehe ich nicht. Tatsächlich ist es so – an dieser Stelle wieder die Ehrlichkeit –: Wir haben eine völlige Überzeichnung der Mittel aus der RZWas gehabt. Das ist korrekt. In der Nullzinsphase habe ich keinen einzigen Brief von den Gemeinden bekommen. In der Dreiprozentzinsphase habe ich selbstverständlich Briefe von den Gemeinden bekommen.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Das ist logisch!)

Herr Kollege Scheuenstuhl, jetzt zu Ihrem Rechenexempel. Wir haben – kostendeckende Einrichtung Wasser – eine freiwillige Förderung in Höhe von 500.000 Euro, die der Freistaat Bayern der Gemeinde zur Verfügung stellt.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Das ist richtig!)

Dann zahlen sie zwei Jahre lang 3 % Zinsen darauf.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Das zahlen die Bürger! Das wissen Sie genauso gut wie ich! – Widerspruch bei der CSU)

Kollege Scheuenstuhl, Sie haben im Gemeinderat 30.000 Euro Zinsen dafür gezahlt, dass Sie 450.000 Euro oder 500.000 Euro vom Freistaat Bayern in ihre kostendeckende Einrichtung bekommen haben.

(Michael Hofmann (CSU): Das ist also geschenkt!)

Da haben Sie doch in Mathematik nicht aufgepasst. Das gibt es doch gar nicht. So ein Rechenverständnis, also Leute! Bei dem Rechenverständnis wird es ja hinten höher als vorn!

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD))

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027, Einzelplan 12, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/10809 mit 19/10859, 19/10977 und 19/11009 mit 19/11022 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 19/11378.

Ich beginne mit der Abstimmung über die drei Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, über die auf Wunsch der Antragsteller namentlich abgestimmt werden soll.

Zuerst ist über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Stärkung des Wildtierschutzes – Schwerpunkt Igelschutz" auf Drucksache 19/10812 in namentlicher Form abzustimmen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt diesen Änderungsantrag zur Ablehnung. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 16:44 bis 16:47 Uhr)

Die drei Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung.

Als Nächstes kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Kooperativen Naturschutz ernst nehmen: Mehr Mittel für LPVen, VNP und Moore" auf Drucksache 19/10813. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt diesen Änderungsantrag ebenfalls zur Ablehnung. Die Abstimmungszeit beträgt zwei Minuten. Die Abstimmung ist freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 16:48 bis 16:50 Uhr)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung.

Nun folgt die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Mehr kommunalen Klimaschutz und Klimaanpassung ermöglichen" auf Drucksache 19/10814. Auch dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmungszeit beträgt zwei Minuten. Die Abstimmung ist freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 16:50 bis 16:52 Uhr)

Die zwei Minuten sind um. Die Abstimmung ist geschlossen.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Stärkung des Wildtierschutzes – Schwerpunkt Igelschutz" auf Drucksache 19/10812 bekannt. Mit Ja haben 35, mit Nein haben 119 Abgeordnete gestimmt. Der Stimme enthalten hat sich kein Kollege. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 16)

Ich gebe jetzt das Ergebnis der weiteren namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Kooperativen Naturschutz ernst nehmen: Mehr Mittel für LPVen, VNP und Moore" auf Drucksache 19/10813 bekannt. Mit Ja haben 36, mit Nein haben 119 Abgeordnete gestimmt. Keiner hat sich der Stimme enthalten. Auch dieser Änderungsantrag ist abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 17)

Ich warte jetzt noch ganz kurz auf das dritte Ergebnis. –

Jetzt kommt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den dritten Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Mehr kommunalen Klimaschutz und Klimaanpassung ermöglichen" auf der Drucksache 19/10814. Mit Ja haben

36, mit Nein haben 118 Abgeordnete gestimmt. Keiner hat sich der Stimme enthalten. Damit ist dieser Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 18)

Es folgt nun die Abstimmung zum Einzelplan 12 selbst. Dieser wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf Drucksache 19/11378 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 12 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – AfD-Fraktion, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Stimmenthaltungen? – Es liegen keine vor. Damit ist der Einzelplan 12 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt worden ist, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 19)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

> "Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2026/2027 vorzunehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Haus. Gegenstimmen? – Es liegen keine vor. Stimmenthaltungen? – Ebenso nicht. Somit ist das beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 19/11378 weise ich darauf hin, dass auch die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/10839 mit 19/10859, 19/10977 und 19/11009 mit 19/11022 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 12 ist damit abgeschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 22.04.2026 zu Tagesordnungspunkt 11: Haushaltsplan 2026/2027; Einzelplan 12 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz (Drs. 19/11378); Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 19/10812)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Dieter		X	
Arnold Horst			
Artmann Daniel		X	
Atzinger Oskar		X	
Bäumler Nicole	X		
Bauer Volker		X	
Baumann Jörg		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Baur Konrad			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Becher Johannes			
Beck Tobias			
Becker Barbara		X	
Dr. **Behr** Andrea		X	
Behringer Martin		X	
Beißwenger Eric			
Bergmüller Franz		X	
Bernreiter Christian			
Birzele Andreas	X		
Blume Markus		X	
Böhm Martin		X	
Böltl Maximilian		X	
Bozoglu Cemal	X		
Brannekämper Robert		X	
von **Brunn** Florian	X		
Dr. **Brunnhuber** Martin		X	
Dr. **Büchler** Markus	X		
Celina Kerstin	X		
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren			
Dierkes Rene		X	
Dierl Franc		X	
Dr. **Dietrich** Alexander		X	
Dietz Leo		X	
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Eberwein Jürgen			
Dr. **Ebner** Stefan			
Ebner-Steiner Katrin		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann			
Fackler Wolfgang		X	
Fehlner Martina	X		
Feichtmeier Christiane			
Flierl Alexander		X	
Freller Karl		X	
Freudenberger Thorsten		X	
Friedl Patrick	X		
Friesinger Sebastian			
Frühbeißer Stefan		X	
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert		X	
Gerlach Judith			
Gießübel Martina		X	
Glauber Thorsten		X	
Gmelch Christin		X	
Goller Mia	X		
Gotthardt Tobias			
Graupner Richard		X	
Grießhammer Holger			
Grob Alfred		X	
Groß Johann		X	
Gross Sabine	X		
Grossmann Patrick		X	
Guttenberger Petra		X	
Halbleib Volkmar	X		
Halemba Daniel		X	
Hanna-Krahl Andreas	X		
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Heinisch Bernhard		X	
Heisl Josef		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Hierneis Christian	X		
Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas			
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Martin		X	
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas		X	
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas			
Kirchner Sandro			
Knoblach Paul			
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian		X	
Kohler Jochen		X	
Koller Michael			
Konrad Joachim		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne			
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva			
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar		X	
Locke Felix		X	
Löw Stefan		X	
Dr. **Loibl** Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Dr. **Mehring** Fabian			
Meier Johannes			
Meußgeier Harald		X	
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Müller Johann		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike		X	
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter			
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael		X	
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia			
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna			
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus	X		
Rittel Anton		X	
Roon Elena		X	
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner			
Schmid Franz		X	
Schmid Josef			
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha			
Schöffel Martin			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich			
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula	X		
Stadler Ralf		X	
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna			
Storm Ramona			
Straub Karl		X	
Streibl Florian			
Striedl Markus		X	
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von **Waldenfels** Kristan		X	
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura	X		
Dr. **Weigand** Sabine	X		
Weigert Roland			
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta			
Winhart Andreas		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von **Zobel** Felix		X	
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	35	119	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 22.04.2026 zu Tagesordnungspunkt 11: Haushaltsplan 2026/2027; Einzelplan 12 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz (Drs. 19/11378); Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 19/10813)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Dieter		X	
Arnold Horst			
Artmann Daniel		X	
Atzinger Oskar		X	
Bäumler Nicole	X		
Bauer Volker		X	
Baumann Jörg		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Baur Konrad			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Becher Johannes			
Beck Tobias			
Becker Barbara		X	
Dr. **Behr** Andrea		X	
Behringer Martin		X	
Beißwenger Eric			
Bergmüller Franz		X	
Bernreiter Christian			
Birzele Andreas	X		
Blume Markus		X	
Böhm Martin		X	
Böltl Maximilian		X	
Bozoglu Cemal	X		
Brannekämper Robert		X	
von **Brunn** Florian	X		
Dr. **Brunnhuber** Martin		X	
Dr. **Büchler** Markus	X		
Celina Kerstin	X		
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren			
Dierkes Rene			
Dierl Franc		X	
Dr. **Dietrich** Alexander		X	
Dietz Leo		X	
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Eberwein Jürgen		X	
Dr. **Ebner** Stefan			
Ebner-Steiner Katrin		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann			
Fackler Wolfgang		X	
Fehlner Martina	X		
Feichtmeier Christiane			
Flierl Alexander		X	
Freller Karl		X	
Freudenberger Thorsten		X	
Friedl Patrick	X		
Friesinger Sebastian			
Frühbeißer Stefan		X	
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert		X	
Gerlach Judith			
Gießübel Martina		X	
Glauber Thorsten		X	
Gmelch Christin		X	
Goller Mia	X		
Gotthardt Tobias			
Graupner Richard		X	
Grießhammer Holger			
Grob Alfred		X	
Groß Johann		X	
Gross Sabine	X		
Grossmann Patrick		X	
Guttenberger Petra		X	
Halbleib Volkmar	X		
Halemba Daniel		X	
Hanna-Krahl Andreas	X		
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Heinisch Bernhard		X	
Heisl Josef		X	
Dr. **Herrmann** Florian			
Herrmann Joachim			
Hierneis Christian	X		
Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas			
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Martin		X	
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas		X	
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas			
Kirchner Sandro			
Knoblach Paul			
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian		X	
Kohler Jochen		X	
Koller Michael			
Konrad Joachim		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva			
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar		X	
Locke Felix		X	
Löw Stefan		X	
Dr. **Loibl** Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Dr. **Mehring** Fabian			
Meier Johannes			
Meußgeier Harald		X	
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Müller Johann		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike		X	
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter			
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael		X	
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia			
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna			
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus	X		
Rittel Anton		X	
Roon Elena		X	
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner			
Schmid Franz		X	
Schmid Josef			
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha			
Schöffel Martin			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich			
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula	X		
Stadler Ralf		X	
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna			
Storm Ramona			
Straub Karl		X	
Streibl Florian			
Striedl Markus		X	
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von **Waldenfels** Kristan		X	
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura	X		
Dr. **Weigand** Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta			
Winhart Andreas		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von **Zobel** Felix		X	
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	36	119	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 22.04.2026 zu Tagesordnungspunkt 11: Haushaltsplan 2026/2027; Einzelplan 12 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz (Drs. 19/11378); Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 19/10814)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Dieter		X	
Arnold Horst			
Artmann Daniel		X	
Atzinger Oskar		X	
Bäumler Nicole	X		
Bauer Volker		X	
Baumann Jörg		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Baur Konrad			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Becher Johannes			
Beck Tobias			
Becker Barbara		X	
Dr. **Behr** Andrea		X	
Behringer Martin		X	
Beißwenger Eric			
Bergmüller Franz			
Bernreiter Christian			
Birzele Andreas	X		
Blume Markus		X	
Böhm Martin		X	
Böltl Maximilian		X	
Bozoglu Cemal	X		
Brannekämper Robert		X	
von **Brunn** Florian	X		
Dr. **Brunnhuber** Martin		X	
Dr. **Büchler** Markus	X		
Celina Kerstin	X		
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren			
Dierkes Rene		X	
Dierl Franc		X	
Dr. **Dietrich** Alexander		X	
Dietz Leo		X	
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Eberwein Jürgen		X	
Dr. **Ebner** Stefan			
Ebner-Steiner Katrin		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann			
Fackler Wolfgang		X	
Fehlner Martina	X		
Feichtmeier Christiane			
Flierl Alexander		X	
Freller Karl		X	
Freudenberger Thorsten		X	
Friedl Patrick	X		
Friesinger Sebastian			
Frühbeißer Stefan			
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert		X	
Gerlach Judith			
Gießübel Martina		X	
Glauber Thorsten		X	
Gmelch Christin		X	
Goller Mia	X		
Gotthardt Tobias			
Graupner Richard		X	
Grießhammer Holger			
Grob Alfred		X	
Groß Johann		X	
Gross Sabine	X		
Grossmann Patrick		X	
Guttenberger Petra		X	
Halbleib Volkmar	X		
Halemba Daniel		X	
Hanna-Krahl Andreas	X		
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Heinisch Bernhard		X	
Heisl Josef		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Hierneis Christian	X		
Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas			
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Martin		X	
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas		X	
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas			
Kirchner Sandro			
Knoblach Paul			
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian		X	
Kohler Jochen		X	
Koller Michael			
Konrad Joachim		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva			
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar		X	
Locke Felix		X	
Löw Stefan			
Dr. **Loibl** Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland			
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Dr. **Mehring** Fabian			
Meier Johannes			
Meußgeier Harald		X	
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Müller Johann		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike		X	
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter			
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael		X	
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia			
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna			
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus	X		
Rittel Anton		X	
Roon Elena		X	
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner			
Schmid Franz		X	
Schmid Josef			
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich			
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula	X		
Stadler Ralf		X	
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna			
Storm Ramona			
Straub Karl		X	
Streibl Florian			
Striedl Markus		X	
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von **Waldenfels** Kristan		X	
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura	X		
Dr. **Weigand** Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta			
Winhart Andreas		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von **Zobel** Felix		X	
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	36	118	0

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zum Tagesordnungspunkt **11**

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 12

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Mehr Bildung für Nachhaltige Entwicklung und Umweltbildung in Bayern
   (Kap. 12 02 Tit. 547 74, 684 74 u. 686 74)
   Drs. 19/10809

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Förderung der Verbraucheraufklärung
   (Kap. 12 03 Tit. 686 52)
   Drs. 19/10810

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Barbara Fuchs u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Reparaturbonus zur Vermeidung von Elektroschrott und zur Unterstützung des Handwerks
   (Kap. 12 03 neuer Tit.)
   Drs. 19/10811

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Stärkung des Wildtierschutzes – Schwerpunkt Igelschutz
   (Kap. 12 04 Tit. 633 72)
   Drs. 19/10812

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Kooperativen Naturschutz ernst nehmen:
   Mehr Mittel für LPVen, VNP und Moore
   (Kap. 12 04 Tit. 685 72)
   Drs. 19/10813

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Mehr kommunalen Klimaschutz und Klimaanpassung ermöglichen
   (Kap. 12 04 Tit.883 75)
   Drs. 19/10814

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Naturpark Oberpfälzer Wald
   (Kap. 12 04 Tit. 893 77)
   Drs. 19/10815

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Landschaftspflege- und Klimaschutzhöfe
   (Kap. 12 04 TG 71 - 72 neuer Tit.)
   Drs. 19/10816

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2026/2027;
   hier: Bayerisches Aktionsprogramm invasive Arten auflegen
   (Kap. 12 04 TG 72 neuer Tit.)
   Drs. 19/10817

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Haushaltsmittel für Ultrafeinstaubmessungen für den Standort Flughafen München
    (Kap. 12 09 Tit. 812 04)
    Drs. 19/10818

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Wassercent-Einnahmen für die Verbesserung des Landschaftswasserhaushalts einsetzen
    (Kap. 12 77, Tit. 683 72, 633 74, 781 74 u. 883 74)
    Drs. 19/10819

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Harry Scheuenstuhl, Anna Rasehorn u.a. und Fraktion (SPD)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Umweltbildung krisenfest machen – Umweltstationen nachhaltig finanzieren!
    (Kap. 12 02 TG 74)
    Drs. 19/10820

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Anna Rasehorn, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
    Haushaltsplan 2026/2027;
    hier: Naturschutz und Landschaftspflege für Bayern sicherstellen
    (Kap. 12 04 Tit. 685 72)
    Drs. 19/10821

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Anna Rasehorn, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Den Tierschutz in Bayern endlich ernst nehmen – Handlungsfähige Tierheime garantieren (Kap. 12 08 Tit. 686 01)
Drs. 19/10822

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Anna Rasehorn, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Den Tierschutz in Bayern endlich ernst nehmen – Ausbau und Modernisierung von Tierheimen voranbringen (Kap. 12 08 Tit. 893 02)
Drs. 19/10823

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Anna Rasehorn, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Den Tierschutz in Bayern endlich ernst nehmen – Kontrollbehörden stärken (Kap. 12 24 Tit. 422 01)
Drs. 19/10824

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Anna Rasehorn, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Bayerns Wasserzukunft personell absichern – Wasserwirtschaftsämter stärken (Kap. 12 77 Tit. 422 01)
Drs. 19/10825

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Harry Scheuenstuhl, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Mittel für Blaualgenbekämpfung an Brombachsee und Altmühlsee aufstocken (Kap. 12 77 Tit. 786 51 und 786 52)
Drs. 19/10826

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Anna Rasehorn, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: RZWas-Härtefallförderung für öffentliche Wasserversorgung in den Kommunen aufstocken (Kap. 12 77 Tit. 883 97)
Drs. 19/10827

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Anna Rasehorn, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Hochwasserschutz an Bayerns großen Flüssen zukunftsfest machen (Kap. 12 77 TG 90)
Drs. 19/10828

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Anna Rasehorn, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Kommunen nicht im Stich lassen – Hochwasserschutz an Gewässern dritter Ordnung voranbringen!
(Kap. 12 77 TG 95)
Drs. 19/10829

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Gerd Mannes, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Abschaffung des Umweltministeriums
(Epl. 12 alle Kap.)
Drs. 19/10830

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Gerd Mannes, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Durchführung des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ) in Bayern
(Kap. 12 02 Tit. 684 01)
Drs. 19/10831

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Gerd Mannes, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Mittel für Maßnahmen auf dem Gebiet des Naturschutzes und der Landschaftspflege
(Kap. 12 04 Tit. 547 72)
Drs. 19/10832

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Gerd Mannes, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Maßnahmen auf dem Gebiet des Klimaschutzes und der Klimaanpassung, insbesondere Klimapolitik, -dialog und allgemeine Klimaforschung
(Kap. 12 04 Tit. 547 75)
Drs. 19/10833

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Gerd Mannes, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung
(Kap. 12 04 Tit. 633 75)
Drs. 19/10834

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Gerd Mannes, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse, Maßnahmen des Vertragsnaturschutzes, der Landschaftspflege und des Arten- und Biotopschutzes und der Umsetzung der Biodiversitätsstrategie
(Kap. 12 04 Tit. 685 72)
Drs. 19/10835

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Gerd Mannes, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland für Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung
(Kap. 12 04 Tit. 893 75)
Drs. 19/10836

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Gerd Mannes, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Treibhausgasausgleich der Bayerischen Staatsverwaltung
(Kap. 12 09 Tit. 533 85)
Drs. 19/10837

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Gerd Mannes, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Landesamt für Energie und Klimaschutz
(Kap. 12 09 TG 85)
Drs. 19/10838